



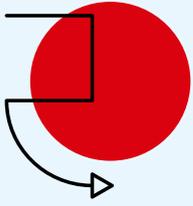
Gemeinsam Stadt gestalten.

Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“
2023–2025





Vorwort	3
1. Ziele und Schwerpunkte der Landesinitiative	4
2. Einblicke in die Modellvorhaben	8
Angermünde	14
Bad Belzig	16
Brandenburg an der Havel	18
Frankfurt (Oder)	20
Ludwigsfelde	22
Potsdam	24
Senftenberg/Złty Komorow	26
3. Dialog, Wissenstransfer und Vernetzung	28
4. Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Modellvorhaben	30
I. Zukunftsthemen gemeinsam voranbringen	31
II. Konkret werden und Stadträume umgestalten	36
III. Strategisch verankerte Instrumente wirkungsvoll anwenden	38
IV. Kommunikation und Partizipation nachhaltig steuern und gezielt einsetzen	39
V. Verwaltung stärker vernetzen und Ressourcen aktivieren	42
5. Sechs Jahre Landesinitiative, 15 Modellvorhaben – innovative Wege und Impulse	44
Möglichkeiten der Umsetzung von Modellvorhaben	45
Was bleibt, was wirkt – Bilanz der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“	48



Vorwort

**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

mit der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ unterstützt die Landesregierung seit 2020 die brandenburgischen Kommunen bei der Entwicklung und Erprobung innovativer Stadtentwicklungsprozesse. Dass es neue Handlungsansätze und neue Partnerschaften braucht, um Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung erfolgreich und nachhaltig gestalten zu können, ist unbestreitbar. Lang bewährte Instrumente und Verfahren der Stadtentwicklung gilt es weiterzuentwickeln. Dabei sind individuelle Strategien und kreative Lösungsansätze gefragt. Dies erfordert auch Mut, Neues auszuprobieren, und neue kooperative Ansätze, die die gesamte Stadtgesellschaft, Stadtpolitik und Fachpartner einbinden.

Ziel des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung ist es, Fachdiskussionen über Zukunftsfragen der Stadtentwicklung zu unterstützen. Nach dem erfolgreichen Abschluss von acht Modellvorhaben der ersten Förderrunde der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ haben sich im Zeitraum 2023 bis 2025 sieben weitere Modellvorhaben intensiv mit verschiedenen raumrelevanten Fragestellungen auseinandergesetzt. Dabei sind vielfältige kreative und innovative Ansätze entstanden – von der Entwicklung neuer Quartiere und der Revitalisierung von Brachflächen über die Umgestaltung öffentlicher Räume bis hin zu Konzepten für eine klimaneutrale Energieversorgung in Altstadtquartieren. Diese gilt es nun weiter umzusetzen und die erprobten Verfahren und neuen Partnerschaften auch für andere Stadtentwicklungsvorhaben einzusetzen.

Deutlich geworden ist hierbei auch, dass es viele Akteure braucht, um die Entwicklung unserer Städte gut voranbringen zu können – lokale Stadtmacherinnen und Stadtmacher, fachliche

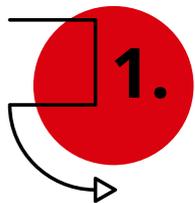


Expertise beispielsweise durch regionale Hochschulen sowie Netzwerke und Kooperationsplattformen. Es braucht aber auch die Unterstützung und Mitwirkung der lokalen Stadtpolitik. Dies befördert Innovationskraft, Widerstandsfähigkeit und demokratische Gestaltungsprozesse vor Ort in den Kommunen.

Anderen Kommunen die Erfahrungen zugänglich zu machen im Sinne eines gemeinsamen Lernens und Wissenstransfers, ist ein wesentlicher Bestandteil der Landesinitiative. Die vorliegende Broschüre gibt Einblicke in die Modellvorhaben der zweiten Förderrunde und zieht Bilanz. Sechs Jahre Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“, 15 Modellvorhaben: Welche Erkenntnisse konnten gewonnen werden? Welche Impulse wirken weiter? Und wie lassen sich die Ergebnisse in die Zukunft tragen? Die dargestellten Modellvorhaben und Erkenntnisse sollen zum Nachahmen anregen und ermutigen.

Detlef Tabbert

Minister für Infrastruktur und Landesplanung
des Landes Brandenburg



1. Ziele und Schwerpunkte der Landesinitiative

Demografische Trends, Klimawandel, Digitalisierung und veränderte gesellschaftliche Lebens- und Arbeitsweisen sind die zentralen Herausforderungen der Zukunft, die neue Denkansätze und Antworten verlangen. Städte in Brandenburg sehen sich mit Fragen der Resilienz, der Belebung ihrer Innenstädte, der nachhaltigen Mobilität und der sozialen Teilhabe konfrontiert – allesamt Themen, die eine Anpassung und Weiterentwicklung bisheriger Strategien und Maßnahmen notwendig machen. Die Finanzlage vieler Kommunen ist dabei oft angespannt. Es sind neue Impulse, strategische Kooperationen und innovative Beteiligungsformate erforderlich, um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln und zu realisieren.

Nachhaltige Stadtentwicklung neu denken – die Idee hinter der Landesinitiative

Während etablierte Programme wie Städtebauförderung und Wohnraumförderung vor allem investive Maßnahmen unterstützen, hat das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) mit der Landesinitiative „**Meine Stadt der Zukunft**“ (MSdZ) einen Experimentierraum geschaffen, in dem Kommunen jenseits des herkömmlichen Verwaltungshandelns neuartige Ansätze entwickeln und ausprobieren können. Ziel ist es, moderne, flexible und effiziente Wege zu finden, um Stadtentwicklung nachhaltiger und zukunftsfähiger zu gestalten.

Bekanntgabe der Modellvorhaben der zweiten Förderrunde der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ in Potsdam (Bild oben)

Von der Idee zur Umsetzung – zwei Förderrunden, viele Impulse

In zwei Förderrunden zwischen 2020 und 2025 erhielten ausgewählte Kommunen die Möglichkeit, in einem stark auf Partizipation ausgerichteten Prozess neue Ideen für wichtige Stadtentwicklungsfragen zu entwickeln. Die erste Runde machte deutlich: Der Bedarf an innovativen Ansätzen und Realexperimenten jenseits der Regelförderung ist groß, um die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels, der Digitalisierung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts aktiv angehen zu können. Auf diesen Erfahrungen und Erkenntnissen baute die zweite Förderrunde auf:

Konkrete Räume – etwa Brachflächen, Straßenräume, Quartiere oder ganze Siedlungsachsen – wurden zu „Experimentierräumen“. Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft erprobten gemeinsam neue Beteiligungsformate, Planungsansätze und -verfahren – überwiegend mit Unterstützung aus den regionalen Hochschulen. Entstanden sind innovative Projekte, die vielfach übertragbar sind und auch anderen Städten als Inspiration für ihre Stadtentwicklung dienen können.

Ein starkes Fundament für die Zukunft

Die Ergebnisse aus beiden Förderrunden zeigen, wie vielfältig und kreativ die brandenburgischen Städte Zukunft gestalten können – von digitalen Bürgerbeteiligungen über innovative Mobilitätskonzepte bis hin zu gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklungsstrategien. Die Erfahrungen werden über Veranstaltungen und Publikationen landesweit weitergegeben. So wurde eine Basis geschaffen, auf der künftige Stadtentwicklungsprozesse aufbauen können – für starke, resiliente und lebenswerte Städte in Brandenburg.

Prof. Dr. Silke Weidner, Jury-Vorsitzende:
„Die vielen Fragen an die Stadt der Zukunft lassen sich nur gemeinsam beantworten – mit klaren strategischen Leitlinien, die dennoch Flexibilität auf der Umsetzungsebene zulassen, mit Experimenten, deren Ergebnisse wir ernsthaft auswerten und mit Austausch, der das voneinander Lernen stärkt und wirksame Lösungen in der Stadtentwicklung beschleunigt.“



Karte aller Modellvorhaben

Gemeinsam lernen, Lösungen entwickeln, Zukunft gestalten

Die Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ stützt sich auf **zwei zentrale Säulen**. Zum einen erhalten ausgewählte Kommunen finanzielle Unterstützung zur Umsetzung ihrer lokalen Modellvorhaben. Zum anderen wird ein strukturierter Austausch und Wissenstransfer etabliert. Dabei vernetzen sich die beteiligten Städte nicht nur untereinander, sondern auch mit dem MIL und relevanten Fachakteuren. Ziel ist es, Erfahrungen und Erkenntnisse gemeinsam zu reflektieren, weiterzuentwickeln und landesweit nutzbar zu machen. Auf diese Weise können außer den Modellkommunen auch alle anderen brandenburgischen Städte und Gemeinden voneinander lernen und von den Ergebnissen der Landesinitiative profitieren.

Der **Wissenstransfer** (siehe auch Kapitel 3) erfolgt über verschiedene Kanäle: Fachveranstaltungen ermöglichen den Teilnehmenden, sich über die Erfahrungen und Ergebnisse der Modellvorhaben zu informieren, Fachexpertinnen und Fachexperten zu ausgewählten Themen zu hören und ihre eigenen Netzwerke zu erweitern. Publikationen und die Projekt-Website <https://msdz.brandenburg.de> stellen Interessierten aktuelle Informationen zur Landesinitiative und den Modellvorhaben bereit.

Modellvorhaben mit innovativem und partizipativem Anspruch

Im September 2023 wählte eine unabhängige Fachjury sieben Modellvorhaben für die zweite Runde aus, die zuvor im Rahmen eines offenen Wettbewerbs ihre Projektskizzen eingereicht hatten.

Bewertet wurden die Bewerbungen nach den folgenden Kriterien:

- Innovationsgehalt
- Qualität des integrierten Ansatzes
- Partizipation und Einbindung der Stadtgesellschaft
- Schlüssigkeit des räumlichen Fokus
- Umsetzungsorientierung

Ein zentrales Auswahlkriterium war die **Übertragbarkeit der Ansätze**: Ziel der Landesinitiative ist es, über die Modellvorhaben praxisnahe Erkenntnisse mit Vorbildcharakter für Städte und Gemeinden in ganz Brandenburg und darüber hinaus zu generieren.

Zur Umsetzung erhielten die ausgewählten Städte in den Jahren 2023 bis 2025 eine **Landesförderung** in Höhe von jeweils bis zu 100.000 Euro, ergänzt durch einen kommunalen Eigenanteil von 20 Prozent. Die Fördermittel standen für nicht-investive Maßnahmen zur Verfügung – etwa für fachliche Beratung, Beteiligungsformate oder konzeptionelle Grundlagen im Rahmen eines breit angelegten Diskussions- und Entwicklungsprozesses.

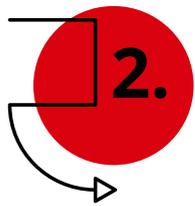
Am Ende der rund zweijährigen Umsetzungsphase sollten **konkrete, realisierbare Folgeprojekte** definiert werden, die in den kommenden Jahren weitergeführt und umgesetzt werden können.

Während der gesamten Laufzeit wurden die Modellkommunen durch das MIL, weitere jeweils thematisch relevante Landesressorts und eine begleitende Projektassistenz, den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V., fachlich unterstützt.

*Workshop am Bertolt-Brecht-Gymnasium in Brandenburg an der Havel / Barcamp in Ludwigsfelde / Zwischenbilanz-Konferenz „Meine Stadt der Zukunft“ in Brandenburg an der Havel / Workshop mit Kindern bei der Aktionswoche „Urbanes Gartenquartier“ in Angermünde / Straßenfest #makerstreet: Die Straße gehört dir! in Potsdam / Jury-Sitzung zum städtebaulichen Gutachterverfahren zur Quartiersentwicklung Slubicer Straße in Frankfurt (Oder)
(Bilder von links oben nach rechts unten)*







2. Einblicke in die Modellvorhaben

Zwischen 2023 und 2025 wurden in Brandenburg im Rahmen der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ **sieben Modellvorhaben** umgesetzt, fachlich begleitet und finanziell gefördert. Sie repräsentieren exemplarisch aktuelle stadtentwicklungsbezogene Herausforderungen aller brandenburgischen Kommunen und machen zugleich die **Vielfalt städtischer Entwicklungen** im Land sichtbar. Dabei widmeten sich die teilnehmenden Kommunen insbesondere den Zukunftsthemen Klimawandel, Digitalisierung und Gemeinwohl. Sie erprobten, wie innovative Ansätze für die Gestaltung zukunftsfähiger Städte aussehen können.

1. Transferwerkstatt „Meine Stadt der Zukunft“ in Angermünde (Bild oben)

- **Angermünde:** Entwicklung eines neuen „Gartenquartiers“ und zentralen Schulstandorts
- **Brandenburg an der Havel und Potsdam:** Anpassung öffentlicher Straßenräume im Kontext von Klimaanpassung, nachhaltiger Mobilität und sich weiterentwickelnder Nutzungsanforderungen
- **Frankfurt (Oder) und Senftenberg/ Zly Komorow:** Entwicklung städtebaulicher Brachflächen
- **Ludwigsfelde:** Planung eines neuen Technologie- und Gewerbeparks, unter besonderer Berücksichtigung der Einbettung in die gesamtstädtische Entwicklung
- **Bad Belzig:** Erarbeitung eines Handlungs- und Umsetzungskonzepts für die klimaneutrale Energieversorgung der Altstadt

Zukunftsthemen wirken als Querschnittsthemen über Fach- und Ressortgrenzen hinweg und erfordern integrierte Ansätze. Die sieben Modellvorhaben bearbeiteten mehrere Zukunftsthemen parallel und entwickelten **praxisorientierte Lösungsansätze mit Transferpotenzial für andere Kommunen.** Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung integrierter Stadtentwicklungsstrategien in Brandenburg.

Zukunftsthemen



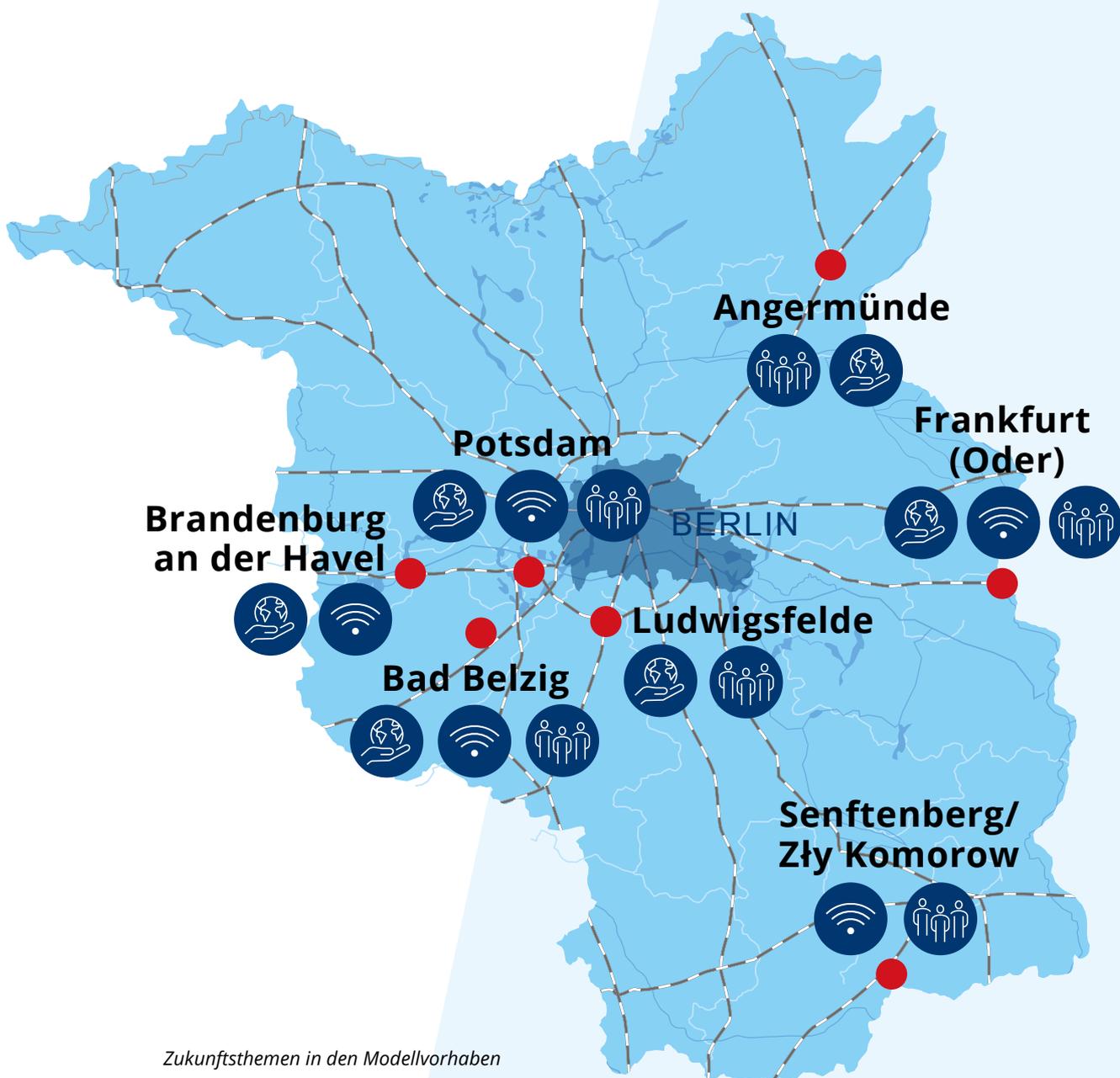
Klimawandel



Digitalisierung



Gemeinwohl



Zukunftsthemen in den Modellvorhaben

Zahlreiche Akteure, verschiedene Instrumente und vielfältige Kommunikation

Die Initiative „Meine Stadt der Zukunft“ lebt von der aktiven Mitgestaltung durch viele unterschiedliche Akteure. Die komplexen Fragen an die Stadt der Zukunft lassen sich nur im gemeinsamen **Dialog** beantworten – mit einem offenen Nachdenken über Strategien, Ziele und konkrete Projekte. Jede Kommune hat daher ein eigenes

Beteiligungskonzept entwickelt und kontinuierlich angepasst, das auf die jeweiligen Strukturen, Themen und Zielgruppen passgenau zugeschnitten ist. In einem breit angelegten, partizipativen Prozess wurden Stadtgesellschaft und Stadtpolitik eingebunden, um tragfähige Ideen erarbeiten und erproben zu können. Eine externe fachliche Begleitung und die Einbindung von regionalen Hochschulkompetenzen erwiesen sich hierbei vielerorts als Erfolgsfaktor.



Auftaktveranstaltung „Urbanes Gartenquartier“ in Angermünde



1. Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung ((Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister, Fachämter, Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit)
- Kommunalpolitik (Stadtverordnetenversammlung, Fraktionen, Ausschüsse und Gremien, Jugendparlamente)
- Bürgerinnen und Bürger (Anwohnende, künftige Bewohnerinnen und Bewohner)
- Unternehmen, Versorger, Kammern und Verbände (z. B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Stadtwerke, Energieversorger, Händlervereinigungen)
- Bildungseinrichtungen und Forschung (Universitäten, Fachhochschulen, Schulen)
- Beauftragte Dienstleister (z. B. Planungs- und Forschungsbüros, Kommunikationsagenturen)
- Freie Träger, Vereine und Bürgerinitiativen



Informationstafel in der Dortustraße in Potsdam



Stadtspaziergang in Ludwigsfelde



2. Beteiligungsformate und -tools

- **Präsenz- und Gruppenformate:**
Workshops (z. B. an Schulen), Werkstätten (z. B. Planungswerkstätten, Zukunftswerkstätten), Stadtspaziergänge bzw. Begehungen vor Ort, Arbeitsgruppen für Eigentümerinnen und Eigentümer, Unternehmen oder Versorger, Bürgerschaftsräte bzw. geloste Gremien, Nutzung von Karten-material für Ideensammlung, Realexperimente, Spiele und Wettbewerbe (z. B. Azubi-Wettbewerb), Aktionstage, Infoabende, Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen
- **Digitale und hybride Formate:**
Online-Befragungen, interaktive Karten, digitale Gremientreffen, Videokonferenzen, digitale Tools (z. B. Umfrage-Tools, Whiteboard-Tools, Kollaborations-Tools, Visualisierungs-Tools, Plattform „Minecraft“), Einsatz von Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR) sowie Mixed Reality (MR)
- **Begleitende Strukturen:**
Steuerungs- und Lenkungsgruppen, kommunale Entwicklungsbeiräte



3. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- **Digitale Kanäle und Aktivitäten:**
Projekt-Websites, Online-Projekttagbuch, Soziale Medien (z. B. Facebook, Instagram, LinkedIn), YouTube-Beiträge oder Playlists, Bad Belzig App für Projektinfos, E-Mail-Verteiler bzw. Mailings
- **Analoge Kanäle und persönliche Kommunikation:**
Printmedien, Flyer, Postkarten, Rundschreiben, persönliche Anschreiben, ÖPNV-Werbung, Bauzaunbanner, Infotafeln, Infostände, lokale Presseberichte, persönliche Gespräche, Einladungen an politische Fraktionen, Interviews mit Multiplikatoren
- **Veranstaltungen:**
Auftakt- und Abschlussveranstaltungen, Infoabende, Workshops, Stadtfeste, Stadtspaziergänge, Realexperimente, thematische Events („Tatort Rathausplatz“, „Nacht der Neugierigen“), Einbindung in externe Veranstaltungen (z. B. von Universitäten und Hochschulen)
- **Kampagnen und Kooperationen:**
Slogans („Mehr Dortu für Alle“), Giveaways, Kooperation mit Verbänden, Kammern und lokalen Influencern bzw. Youtubern

Vorschau auf die Modellvorhaben

Angermünde

„Meine Stadt – Mein Quartier – Unsere Zukunft. Das urbane Gartenquartier in Angermünde“

- **Planung eines neuen Gartenquartiers** in Altstadtnähe am Mündesee mit ca. 250 Wohnungen und Schulcampus
- **Interaktiver vielseitiger Austausch** mit analogen Werkstätten, Planungsbeirat und Aktionswoche, ergänzt durch digitale Beteiligungsformate
- **Entwicklung konkreter Leitlinien, neuer Standortideen und kreativer Zwischen-nutzungen** durch partizipative Formate als Grundlage für den weiteren Planungsprozess



Brandenburg an der Havel

„Let's play Klimaanpassung“

- **Entwicklung des digitalen Beteiligungs-spiels „StadtSpielRaum“** zur klimaresilienten Umgestaltung der südlichen Bauhofstraße
- **Erarbeitung und virtueller Test von Spielelementen und -szenarien** durch gelostes Bürgerschafts-Gremium, Fachleute und Studierende der lokalen Hochschule
- **Zusammenspiel von digitaler Simulation und Beteiligung**
- **Information und Mitwirkung** über Workshops, Schulaktionen und Social-Media-Kampagnen



Bad Belzig

„Die klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung der historischen Altstadt Bad Belzig“

- **Erarbeitung eines Konzepts für eine klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung in der Altstadt** unter Berücksichtigung von Denkmalschutz und historischer Bausubstanz sowie der parallel in Erarbeitung befindlichen kommunalen Wärmeplanung
- **Klare Arbeitsstrukturen** zur Einbeziehung von Eigentümervertreterinnen und -vertretern, Politik, Versorgern und weiteren relevanten Akteuren in regelmäßigen Abstimmungsrunden – ergänzt durch digitale und analoge Formate zur Information und Beteiligung
- **Empfehlungen zu Machbarkeit, Lösungswegen und Akzeptanz** als Grundlage für die weiteren Umsetzungsschritte



Frankfurt (Oder)

„Kollaborative Entwicklung eines Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften im Quartier Słubicer Straße“

- **Entwicklung von Ideen für ein „Zentrum für nachhaltiges Wirtschaften“** zur Nachnutzung einer wichtigen innerstädtischen Brachfläche
- **Verzahnung mit Leitbildentwicklung** durch Kommunalen Entwicklungsbeirat (KEB)
- **Durchführung von Dialogverfahren mit vielfältigen Formaten** wie Werkstätten, Fach-Arbeitsgruppen und „Future Labs“
- **Einsatz eines temporären Pavillons** als lebendiger Begegnungs- und Experimentierort für innovative Stadtentwicklung mit schrittweisem Ausbau



Ludwigsfelde

„Brückenschlag zwischen Stadt und Zukunftspark“

- **Entwicklung und Gestaltung eines neuen Technologie- und Gewerbeparks („Zukunftspark“)** zwischen Innenstadt und Industriegebiet
- **Beteiligung durch kreative Formate** wie Azubi-Wettbewerb, Barcamp, Stadtspaziergänge und Mixed-Reality-Workshops
- **Visualisierung von Zukunftsszenarien** mittels digitaler 3D-Modelle und VR-Plattformen
- **Schrittweise Entwicklung zu einem offenen Ort für Innovation, Bildung und Miteinander**



Senftenberg

„Erprobung von Augmented und Virtual Reality in Partizipationsprozessen für die Neugestaltung einer Jugendfreizeitfläche“

- **Entwicklung verschiedener Varianten für eine neue Freizeitfläche an der Briesker Straße durch Jugendliche** mit Augmented- und Virtual Reality-Technologien (AR/VR)
- **Einbindung von Schulen in Workshops sowie mit Videos und einer App**
- **Externe Prozessbegleitung** von der Standortfindung und Konzeptentwicklung über die partizipative Entwurfsarbeit bis zur AR-gestützten Visualisierung vor Ort
- Öffentliche **Online-Abstimmung über drei Entwurfsvarianten**, wobei die Vorzugsvariante später abschnittsweise umgesetzt werden kann

Potsdam

„Stadtleben – Erlebnisraum Straße“

- **Modellhafte Umsetzung des 2023 beschlossenen Konzepts „Innenstadt – Straßenräume neu denken!“**, um neue Ideen für mehr Aufenthaltsqualität, Grün und verschiedene Mobilitätsformen zu testen
- **Digitale und kooperative Beteiligungsformate** zur Erprobung gerechter und attraktiver Nutzung innerstädtischer Straßenräume für alle Bevölkerungsgruppen
- **Begleitung durch Workshops, Stadtspaziergänge, Realexperimente, Reallabore und direkte Ansprache von Akteuren**



Erläuterung der Symbole



Zukunftsthema Klimawandel



Zukunftsthema Gemeinwohl



Zukunftsthema Digitalisierung



Standortmerkmale



Bevölkerungsstand



Bevölkerungsentwicklung



Ausgangslage und Motivation



Fördervolumen



Beteiligte Akteure



Beteiligungsformate und -tools



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit



Aktionswoche „Urbanes Gartenquartier“ in Angermünde mit Konzert

Urbanes Gartenquartier – klimapositiv und gemeinschaftlich

In Angermünde soll auf 8,5 Hektar östlich der Altstadt am Mündesee ein neues Stadtquartier entstehen. Geplant sind rund 250 Wohneinheiten für bis zu 700 Menschen sowie ein moderner Schulneubau – der „GartenCampus“ – als zentraler Mittelpunkt. Das Vorhaben ist auf ehemals gewerblichen und brachliegenden Flächen geplant und erweitert die historische Innenstadt mit direkter Anbindung an attraktive öffentliche Freiräume und den See. Im Modellvorhaben wurden innovative Beteiligungsformate eingesetzt, um die Ideen der Bürgerinnen und Bürger mit der Expertise von Fachleuten zu verknüpfen.



Rundgang durch das Quartier, Auftaktveranstaltung

Ko-kreativer Prozess mit digitaler Begleitung

Der Planungsprozess war von Beginn an stark partizipativ und interdisziplinär ausgerichtet. Nach dem Startschuss im Mai 2024 folgten eine Zukunftswerkstatt und mehrere Planungsworkshops – teils in Kooperation mit Schule und Hort sowie im Rahmen der „Aktionswoche im Quartier“.

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) wurde ein lokaler Planungsbeirat initiiert, der achtmal tagte und Leitlinien als Grundlage für die Quartiersentwicklung im Gartenquartier erarbeitete. Dabei gewährleistete ein Nachrückverfahren dessen durchgehende Besetzung.

Die breit beworbene „Aktionswoche“ hatte das Ziel, experimentelle Nutzungen des Geländes durch verschiedene Initiativen zu ermöglichen. Dazu gehörten beispielsweise Rundgänge, Diskussionsformate, das gemeinsame Anlegen eines Barfußpfads und ein Drohnenflug-Workshop. Hieraus resultierte ein entscheidender Impuls: Der Schulstandort könnte – entgegen der ursprünglichen Idee – besser im nördlichen Quartiersteil verortet werden. Dies würde im



Aus dem Urteil der Jury: „**Besonders unterstrich die Jury den ko-kreativen Prozess, in dem viele verschiedene Akteure ein klimapositives Wohn- und Gartenquartier als Lernort für die ganze Stadtgesellschaft entwickeln. Dieser Gartencampus soll Ausgangspunkt für die weitere ökonomische, soziale und ökologische Transformation von Stadt und Region und dabei Vorbild für andere Kommunen und Regionen werden.**“

Süden mehr Raum für gewerbliche Bestandsentwicklung schaffen und damit den Klima- und Ressourcenschutz fördern.

Für Transparenz und langfristigen Informationszugang sorgten ein Online-Projektstagebuch, eine Website und weitere digitale Formate. Analoge Treffen blieben jedoch wichtig, um komplexe Fragen zu klären. Veranstaltungen zu unterschiedlichen Tageszeiten erweiterten die Reichweite. Das „AngerWERK“ im „Haus mit Zukunft“ diente als offenes Quartierslabor. Methoden wie Design Thinking und Dragon Dreaming förderten kreative Ideen und Zwischennutzungen.

Fazit und Perspektiven

Der ko-kreative Ansatz in Angermünde erwies sich als erfolgreich, insbesondere durch den Planungsbeirat, der neue Sichtweisen auf das Quartier eröffnete – ein übertragbares Modell für andere Stadtentwicklungsprojekte. Die Beteiligung ausgewählter Bürgerinnen und Bürger war konstant hoch, während Unternehmen und Energieversorger weniger aktiv mitwirkten. Das Modellvorhaben stärkte Identifikation und Akzeptanz in der Stadtgesellschaft für den weiteren Entwicklungsprozess und steigerte die Aufmerksamkeit für nachhaltiges Wohnen im ländlichen Raum. Der hohe Personal- und Finanzbedarf machte externe Expertise unverzichtbar. Als greifbare Ergebnisse des Prozesses wurden konkrete Leitlinien und ein Leitbild erarbeitet, auf deren Basis nun ein städtebauliches Konzept ausgeschrieben wird.



Mittelzentrum
Landkreis Uckermark
Weiterer Metropolitanraum



14.233 Einwohnende

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Aktivierung von größeren Entwicklungspotenzialflächen mit ehemals industrieller Nutzung
Ziel: Entwicklung eines neuen Grundschulstandorts in der Oststadt



100.000 €



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Fachbereiche Planen und Bauen, Wirtschaft & Ordnung, Öffentlichkeitsarbeit
- Kommunalpolitik: Stadtverordnetenversammlung, Stadtentwicklungsausschuss, Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss
- Bürgerinnen und Bürger: engagierte Öffentlichkeit, Flächeneigentümerinnen und Flächeneigentümer, künftige Bewohnerinnen und Bewohner
- Unternehmen, Institutionen
- Auftragnehmer/Dienstleister: Forward Planung und Forschung, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)



Beteiligungsformate und -tools

- „Planungsbeirat“ aus Bürgerinnen und Bürgern mit vorherigem Bewerbungsverfahren
- Planungswerkstätten
- Aktionswoche
- Austausch und Präsentationen in den politischen Gremien



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Projekt-Website mit Planungstagebuch
- Soziale Medien, E-Mail, Printmedien
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Veranstaltungen: Eröffnung, Infoabend, Infostand auf dem Stadtfest, Abschlussveranstaltung

Weiterführende Informationen
zum Modellvorhaben unter
gartenquartier.angermuende.de



Website



Leitlinien



Arbeitsgruppensitzung mit Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern

Klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung in der historischen Altstadt

Die Stadt Bad Belzig erarbeitete im Modellvorhaben ein Konzept für eine klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung im Altstadtquartier. Dies beinhaltete auch die Prüfung eines gemeinwohlorientierten Bürgergenossenschaftsmodells. Gemeinsam mit Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern, Mietenden sowie lokalen Energieversorgern wurde ein offener Dialog angestoßen. Im Fokus standen technische und organisatorische Lösungen wie ein zentrales Wärmenetz, Wärmepumpen oder Biomasseheizungen. Diese mussten den komplexen Rahmenbedingungen der historischen Bausubstanz, der hohen Versiegelung, der Denkmalaufgaben und der unzureichenden Datenlage gerecht werden. Die Arbeit war eng mit der kommunalen Wärmeplanung (KWP) verzahnt.

Partizipation und Daten als zentrale Arbeitsgrundlage

Die Grundlage bildete ein breit angelegter Beteiligungsprozess mit aktiver Begleitung der Stadtpolitik, der im März 2024 mit zwei Auftaktveranstaltungen in den Arbeitsgruppen für

Versorgungsträger und für Eigentümervertreterinnen und -vertreter begann. Es folgte eine umfangreiche Datenerhebung: Eine digitale und analoge Eigentümerumfrage zum Energieverbrauch und Gebäudezustand, kombiniert mit weiteren Datenquellen, schuf erstmals eine belastbare Basis für konkrete Versorgungsvarianten und die kommunale Wärmeplanung.

Die Analyse zeigte: Eine zentrale Wärmeversorgung wäre technisch umsetzbar. Darauf aufbauend diskutierten die Gruppen ab August 2024 die verschiedenen Optionen insbesondere unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte. In der Beteiligung kamen digitale Tools wie die „Bad Belzig App“, das in der ersten Förderrunde entwickelte Klimadaten-Dashboard sowie die Online-Plattformen des Smart City Projekts „Zukunftsschusterei“ zum Einsatz. Verschiedene Informationsveranstaltungen machten den Prozess für die Öffentlichkeit zugänglich, auch persönliche Gespräche fanden statt. Im Projekt wurde zudem ein digitaler Zwilling als Website entwickelt, der zentrale Projektdaten und Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung bündelt.



Aus dem Urteil der Jury: „**Die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur Energiewende, das die besonderen Herausforderungen einer historischen Altstadt adressiert und einen frühzeitigen Aushandlungs- und Sensibilisierungsprozess einbezieht, wurde von der Jury als sehr spannend eingeschätzt. Die Projektergebnisse werden wichtige Erkenntnisse auch für andere Kommunen liefern.**“

Fazit und Perspektiven

Im Ergebnis liegt ein umfassender Ergebnisbericht mit allen Berechnungen und konkreten Maßnahmen im Strom- und Wärmebereich für die Umsetzung klimaneutraler Energieversorgung im Altstadtquartier vor. Auch wenn sich eine zentrale Wärmeversorgung wirtschaftlich als nicht tragfähig erwies, wurden individuelle Lösungen auf Basis von erneuerbaren Energien identifiziert und in das Konzept integriert.

Durch den Mix aus digitalen und analogen Beteiligungsformaten wurden neue Zielgruppen erreicht und breite Akzeptanz geschaffen – auch wenn zum Projektende eine gewisse Beteiligungsmüdigkeit spürbar war. Künftige Prozesse sollten daher stärker gebündelt werden.

Die Stadt Bad Belzig wird die entwickelten Strukturen und Ansätze weiterführen. Diese sind grundsätzlich auch auf andere historische Altstädte übertragbar. Zur Entwicklung tragfähiger, lokaler Lösungen empfehlen sich eine frühe Datenerhebung, die gezielte Einbindung relevanter Akteure und der Stadtpolitik – insbesondere mit dem Format offener Stakeholder-Workshops zur direkten Klärung von Fragen – sowie eine enge Verzahnung mit der KWP und deren Datengrundlage.



Mittelzentrum | Landkreis
Potsdam-Mittelmark
Weiterer Metropolitanraum



11.118 Einwohnende

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Historische Altstadt mit hohen Anforderungen durch Denkmalschutz und Versiegelung
Ziel: Prüfung einer klimaneutralen, ggf. gemeinschaftlich getragenen Energieversorgung



100.000 €



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen
- Unternehmen/Versorger: Stadtwerke Bad Belzig GmbH, E.DIS Netz GmbH, Natur Energie Fläming e.G., Bezirksschornsteinfegermeister, Innungen
- Landkreis Potsdam-Mittelmark
- Kommunalpolitik: Stadtverordnetenversammlung, Fraktionen
- Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Mietende im Quartier
- Allgemeine Öffentlichkeit
- Auftragnehmer/Dienstleister: DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksgesellschaft mbH, Zukunftsschusterei



Beteiligungsformate und -tools

- Online-Umfrage: Ideen, Vorschläge, Abstimmungen
- Fragebogen zum Energieverbrauch: online, QR-Code, analog im Journal
- Arbeitsgruppen: Versorger, Eigentümerinnen und Eigentümer, Stadtverordnete
- Auftakt für Eigentümerinnen und Eigentümer
- Präsenzworkshop für Öffentlichkeit



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Rundschreiben/Mailings an Eigentümerinnen und Eigentümer und die Arbeitsgruppen, Einladungen an Fraktionen zu Steuerungskreisen
- Projekt-Website klima-daten.bad-belzig.de, Bad Belzig App (Bereich Informationen), Erstellung eines digitalen Zwillings
- Abschlussveranstaltung

Weiterführende Informationen zum Modellvorhaben
[bad-belzig.klima-daten.de/
energiewende-altstadt](http://bad-belzig.klima-daten.de/energiewende-altstadt)



Website



Fragebogen



Vorstellung des Spiels „StadtSpielRaum“ mit Oberbürgermeister Scheller und dem Projektteam

Digitales Beteiligungsspiel für klimaangepassten öffentlichen Raum

In Brandenburg an der Havel wurde mit „Let's play Klimaanpassung“ ein partizipatives Real-labor zur klimaresilienten Umgestaltung der südlichen Bauhofstraße umgesetzt. Gemeinsam mit Studierenden der Technischen Hochschule Brandenburg (THB) wurde ein Anforderungsprofil für ein webbasiertes „Serious Game“ entwickelt. Das beauftragte Entwicklerstudio arbeitete dieses unter direkter Beteiligung eines gelosten Bürger-schaftsgremiums und eines Fachgremiums zum einsatzfähigen Online-Spiel „StadtSpielRaum“ aus. Hier können Stadtmobiliar, Begrünung, Verschattung oder wasserdurchlässige Oberflächen virtuell platziert und deren Effekte auf Stadtklima und Aufenthaltsqualität nachvollzogen werden.

Partizipation trifft digitale Simulation

Diese, bisher noch nicht erprobte Herangehensweise erforderte intensive Vorbereitungen zwischen Verwaltung und externen Partnern (Datenschutz, Datenbereitstellung, Gremienbesetzung). Den öffentlichen Auftakt bildeten im Oktober 2024 die Vorstellung der Gremien und ein Stadtspaziergang mit Workshop. Die anschließenden Termine fanden digital statt. Am Ende wählten die Gremien

fünf Szenarien und 25 Spielobjekte für „Stadt-SpielRaum“ aus. Im Frühjahr 2025 war das Spiel elf Wochen freigeschaltet – begleitet vom Einsatz in Schulen sowie innovativer Werbekampagnen. Das Spiel machte Nutzungskonflikte sichtbar und erwies sich als niederschwelliger Gesprächsanlass für Bürgerschaft, Verwaltung und Schulklassen.

Das Fach- und Bürgerschaftsgremium lobte Mitgestaltungsmöglichkeiten und wertschätzte das Spiel als künftiges digitales Beteiligungs-assistenztool. Nutzendenfeedbacks hoben Idee, Gestaltung und die einfache Bedienung hervor, Verbesserungspotenzial wurde bei Benutzer-freundlichkeit und Spielübersicht gesehen.

Fazit und Perspektiven

Der Mix aus analogen Begehungen und innovativer Beteiligung mit digitaler Simulation liefert ein übertragbares Modell für andere Kommunen. Besonders erfolgreich war die Einbindung von Schulen. „StadtSpielRaum“ macht Klimafolgen wie Hitze, Versiegelung oder Starkregen erfahrbar und zeigt Lösungswege für klimaresiliente Stadträume. Das Instrument bietet der Stadtplanung begrenzte Praxistauglichkeit: Datenerfassung, Auswertung und Pflege des Systems erfordern eine technische



Aus dem Urteil der Jury: **„Die Jury war von dem inklusiven, generationenübergreifenden Konzept des geplanten Reallabors sehr überzeugt. Besonders der neuartige Ansatz, den Raum aus verschiedenen Nutzerperspektiven zu analysieren, sowie die gelungene Integration spielerischer Elemente („Gamification“) wurden positiv hervorgehoben.“**

Weiterentwicklung sowie personelle und finanzielle Ressourcen, die aktuell fehlen. Für andere Plangebiete muss das Tool angepasst werden. Die positive Zusammenarbeit mit der THB soll intensiviert werden.

Die Ergebnisse wurden in einem kompakten Flyer für die Bürgerschaft und einer Dokumentation für Kommunen aufbereitet sowie in einem Abschlussdialog vorgestellt. Der Spielcode wurde auf „openCode“ veröffentlicht, die freie Nutzung und Weiterentwicklung sind möglich. Erkenntnisse aus der Spielanwendung werden in die Entwicklung einer digitalen Datenplattform und eines digitalen Zwillings der Stadt sowie in die Verkehrsplanung der Bauhofstraße einfließen.



Bürgerbeteiligung mit gelostem Gremium und Experten



Oberzentrum
Kreisfreie Stadt
Weiterer Metropolitanraum



74.113 Einwohnende

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Öffentlicher Raum mit Anforderungen an Klimaschutz, Klimaanpassung und unterschiedliche Nutzungsinteressen | Ziel: Entwicklung neuer, praxisnaher Beteiligungsformate für eine klimaangepasste, zukunftsfähige Gestaltung öffentlicher Räume mit der Stadtgesellschaft



79.000 €



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Stadtentwicklung und Denkmalschutz, Geoinformation, Kataster und Vermessung, Tiefbau, Abfallwirtschaft, Grünflächen und Bodenschutz
- Technische Hochschule Brandenburg (Studierende Wirtschaftsinformatik)
- Fachgremium: Stadtwerke, Architektinnen, Data Scientist, VCD, Umweltberatung
- Bürgerinnen und Bürger: Bürgerschaftsgremium, Kinder, Jugendliche, breite Öffentlichkeit
- Dienstleister: neuland21, Arrimo Digital



Beteiligungsformate und -tools

- Verwaltungsinterne Lenkungsgruppe
- Bürgerschaftsgremium: Präsenz- und vorrangig digitale Treffen via BigBlueButton
- Einmalige Vor-Ort-Begehung und Ideensammlung, Seminare mit Kindern und Jugendlichen
- Digitale Tools: Mentimeter, Miro, Easy Feedback
- Zwischen- und Endpräsentationen der THB, Vorstellung in Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (ASUV), Stadtverordnetenversammlung



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Projekt-Website, Plakat-Werbung im ÖPNV
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: regelmäßige Berichterstattung, circa 10 Pressemitteilungen
- Soziale Medien Instagram, Whatsapp und Facebook: Beiträge mit Bildern und Reels (Reichweite circa 40.000)
- Videos mit Projektbeteiligten, u. a. Bürgermeister M. Müller
- Let's Play Format mit Content-Creator Tobias Borchers, Digitale Spiel-Launch Veranstaltung
- Flyer und Plakate an allen Verwaltungsstandorten, Giveaways
- Abschlussveranstaltung

Weiterführende Informationen zum Modellvorhaben

www.stadt-brandenburg.de/lets-play-klimaanpassung

MODELLVORHABEN **Frankfurt (Oder)**

Kollaborative Entwicklung eines Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften im Quartier Slubicer Straße



Projektgebiet an der Slubicer Straße

Kollaborative Entwicklung eines Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften

In Frankfurt (Oder) wird die nachhaltige städtebauliche Entwicklung eines gegenüber der polnischen Nachbarstadt Slubice gelegenen Quartiers an der Stadtbrücke vorangetrieben. Im Fokus stehen zwei brachliegende Stadtumbauflächen, die durch Neugestaltung und eine bessere Anbindung der Oderpromenade sowie der angrenzenden Quartiere aufgewertet werden sollen. Das Modellvorhaben initiierte zur Entwicklung dieses „Zukunftsplatzes“ und eines möglichen „Zentrums für nachhaltiges Wirtschaften“ ein Dialogverfahren. Zusammen mit einer externen Projektsteuerung wurden Facharbeitsgruppen und ein digitales Tool zur Bürgerbeteiligung eingerichtet.



Workshop des Kommunalen Entwicklungsbeirates (KomEB)

Außerdem wurde ein städtebaulich-freiraumplanerisches Gutachterverfahren für Ideen zur Bebauung und Nutzung im Quartier durchgeführt. Hochschulpartner der Europa-Universität Viadrina organisierten im Sommer eine Zwischennutzung des „Zukunftsplatzes“, um eine Debatte zur Vision des Ortes anzuregen.

Erster Schritt zur Sichtbarmachung des Ortes war ein temporärer Pavillon als Begegnungs- und Experimentierraum für deutsch-polnische Unternehmen sowie Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Studierende und lokale Akteure gestalteten diesen im Rahmen einer Summer School 2025: Auf dem „Zukunftsplatz“ fanden seitdem Workshops, Urban-Gardening-Aktionen und kleine Kulturveranstaltungen statt.

Partizipativer Fach- und Dialogprozess vor Ort

Ein 2023 gegründeter Kommunalen Entwicklungsbeirat (KEB) flankierte das Projekt und legte 2024 städtebauliche Ideen zur Nutzung der Flächen aus Sicht der Bürgerschaft vor. Seit Juni 2025 forscht ein Seminar der Viadrina zum „Zukunftsplatz als Ort urbaner Imaginationen“.



Aus dem Urteil der Jury: „**Die Jury würdigte das ambitionierte Ziel des Vorhabens, einen breiten Dialogprozess mittels verschiedenster Instrumente und Verfahren zu initiieren. Der räumliche Fokus – die Entwicklung einer innerstädtischen Fläche von gesamtstädtischer und grenzüberschreitender Bedeutung – überzeugte dabei.**“

Die breitere Öffentlichkeit wurde über Mitmachaktionen einbezogen, der Dialogprozess fokussierte den fachlichen Austausch mit Investoren und Hochschulen. Das digitale Beteiligungsportal DIPAS wurde verwaltungsintern erfolgreich getestet. Die Auswertung zeigt, dass es niedrigschwellig nützliche Hinweise zu bekannten Flächen und Verkehrsfragen liefert. Ein künftiger Einsatz für die Öffentlichkeit erfordert gesicherte Haushaltsmittel und Abstimmung zwischen den Ämtern.

Zusätzlich zu dem für eine Standzeit von rund drei Jahren installierten temporären Pavillon soll nach Projektende eine weiterentwickelte Version des Pavillons errichtet und über Unternehmensbeiträge für fünf Jahre finanziert werden, Gespräche mit Unternehmen und dem Hanse Club laufen. Dieser Pavillon soll nachhaltige Materialien sowie regenerative Energien berücksichtigen und die Wahrnehmung des „Zukunftsplatzes“ stärken.

Fazit und Perspektiven

Greifbare Ergebnisse sind der temporäre Pavillon, das intern getestete Tool DIPAS sowie der Siegerentwurf aus dem Gutachterverfahren, der zentrale Inhalte aus KEB und Dialogformaten berücksichtigte. Gemeinsam mit Slubice wird zudem – gefördert durch INTERREG VI A – ein Handlungskonzept für einen „gemeinsamen Stadtraum am Wasser“ erarbeitet, das weitere Perspektiven nach der Förderung eröffnet. Der Dialogprozess hat gezeigt, dass Frankfurt (Oder) viel Gestaltungskraft in seiner Stadtgesellschaft trägt. Aus der Branche wurde ein Ort des Austauschs.



Oberzentrum
Kreisfreie Stadt
Weiterer Metropolitanraum



57.107 Einwohnende

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Brachflächen entlang des Flussufers als ungenutztes Potenzial für eine vielfältige, lebendige Uferzone und Aufwertung der Stadtstruktur
Ziel: unterschiedliche Nutzungsperspektiven zwischen gemeinwohlorientierten und wirtschaftlichen Interessen aushandeln



78.000 €



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Bauamt, Vermessungs- und Katasteramt
- Oberbürgermeister
- Kommunaler Entwicklungsbeirat Frankfurt (Oder)-Slubice (KEB)
- Europa-Universität Viadrina
- Wirtschaftsakteure: B&O Holzbau, Hanse-Club etc.
- Frankfurt-Slubicer Kooperationszentrum
- Stadtbibliothek
- Freie Träger
- Bürgerschaft
- Auftragnehmer/Dienstleister: Forward Planung und Forschung, Berlin Governance Platform



Beteiligungsformate und -tools

- Arbeitsgruppen: Zwischennutzung, Zentrum für nachhaltiges Wirtschaften
- Future Labs, Sommerdialoge mit internationalen Partnern
- Werkstätten, Präsenz-Events, Online-Angebote
- Bilaterale Gespräche vor Ort
- Regelmäßige Einbindung der politischen Ausschüsse



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Pressekonferenz des Entwicklungsbeirates
- Stadt-Website und soziale Medien

Weiterführende
Informationen zum
Modellvorhaben



Website



Beirat



Quartiersentwicklung



Teilnehmende des Azubi-Wettbewerbs zum Zukunftspark bei der Preisverleihung

Zukunftspark Ludwigsfelde – Brückenschlag zwischen Stadt und Industrie

Im Fokus des Modellvorhabens in Ludwigsfelde stand der Zukunftspark: eine 12 Hektar große Gewerbefläche zwischen Innenstadt und wichtigen Industriegebieten, die als Innovationsstandort entwickelt werden soll. Zentral waren die Einbettung in die Gesamtstadt, eine bessere Verkehrsanbindung sowie die Ansprache der Stadtgesellschaft – besonders junger Zielgruppen und Unternehmen – und die Erprobung neuer Beteiligungs- und Gestaltungsformen.

Neue Formate für neue Stadtverbindungen

Mit kreativen, niederschweligen Formaten wie „Tatort Zukunftspark“, Stadtspaziergängen und Mixed-Reality-Erlebnissen wurden Perspektiven von Unternehmen, Beschäftigten sowie Bürgerinnen und Bürgern eingebunden. Besonders erfolgreich waren der Azubi-Wettbewerb – prämiert im Frühjahr 2025 – und ein anschließendes BarCamp, das frühzeitig Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft zusammenbrachte. Aus den Azubi-Ideen entstanden die Vorschläge, die

Anbindung über Sharing-Angebote zu verbessern oder das Thema Ernährung von Beschäftigten stärker zu beachten.

Bildung war ein weiterer roter Faden hinsichtlich der Zielgruppen und der Ausrichtung des Zukunftsparks. Es gab dazu eine „CampusWerkstatt“ mit Studierenden der Fachhochschule Potsdam und der Technischen Hochschule Wildau. Formate wie „WerkStadt Zukunftspark“ in Form eines World Cafés oder das „Klimagespräch“ verknüpften Wirtschafts- und Stadtthemen.

Hervorzuheben ist die Nutzung innovativer Visualisierungs- und Interaktionsmethoden. Ein holografisches 3D-Modell und eine VR-Multi-User-Plattform dienten dazu, Szenarien digital und analog zu erproben.

Die Einbindung vieler externer Dienstleister war organisatorisch herausfordernd, ermöglichte jedoch vielfältige Perspektiven und Formate und sicherte das Interesse der unterschiedlichen Zielgruppen.



Aus dem Urteil der Jury: „**Der Ansatz des Modellvorhabens, Gewerbeflächenentwicklungen und die lokale Wirtschaft stärker mit der Stadtentwicklung insgesamt zu verknüpfen, überzeugte die Jury. Die Integration des geplanten Zukunftscampus in den Stadtkörper mithilfe innovativer Beteiligungsmethoden wurde dabei als strategisch wichtiger Ansatz eingeschätzt.**“



Mittelzentrum
Landkreis Teltow-Fläming
Berliner Umland



29.514 Einwohnende

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Entwicklung von Grundlagen für die weitere Ausgestaltung und Umsetzung des neuen Zukunftsparks als Innovationsstandort
Ziel: den Zukunftspark räumlich und inhaltlich mit der Stadt und der Stadtgesellschaft zu verknüpfen, um Akzeptanz und Identifikation zu schaffen



100.000 €

Fazit und Perspektiven

Das Modellvorhaben hat die Diskussion um eine partizipative, nachhaltige Gewerbe- und Stadtentwicklung angestoßen und auch überregional Aufmerksamkeit erzeugt. Es zeigt, dass komplexe Transformationsprozesse durch kreative, verständliche und frühzeitige Beteiligung mitgestaltet werden können. Bewährt haben sich Stadtpaziergänge, Werkstattgespräche und Veranstaltungen, die mit kommunalen Kapazitäten umsetzbar sind. VR/AR-Formate bieten hohe Beteiligungs- und Erlebniswerte, erfordern jedoch Expertenwissen und Ressourcen.

Entscheidend war die offene Einladung an die Bürgerschaft, aktiv an der Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts mitzuwirken. Ein großes „Zukunftsfest der Ideen“ im Oktober 2025 fasste die Projektergebnisse zusammen, ermöglichte deren Reflexion in einem flexiblen Drop-in-Format und markierte den Übergang in die nächste Entwicklungsphase. Als erster Baustein des Zukunftsparks wird die Ausschreibung für die Umsetzungsplanung des Technologie- und Gründerzentrums (TGZ) gemeinsam mit Fachplanenden vorbereitet. Die Ergebnisse des Modellvorhabens fließen sukzessive in die Rahmen- und Bebauungsplanung und weitere Teilprojekte ein. Der Park soll sich schrittweise zu einem offenen, vernetzten Ort der Bildung, Innovation und Begegnung entwickeln – als Brücke zwischen Stadt und Industrie.



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Stadtplanung
- Stadt- und Technikmuseum
- Bürgerinnen und Bürger: breite Öffentlichkeit, Kinder, Jugendliche, Auszubildende, Eltern
- Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter, Unternehmen, Start-ups, Planungsexperten
- Kommunalpolitik: Stadtverordnetenversammlung, Ortsbeiräte
- Auftragnehmer/Dienstleister: Identitätsstiftung GmbH, INPOLIS UCE GmbH, mixed.world GmbH



Beteiligungsformate und -tools

- Präsenzformate: „Tatort Zukunftspark“ auf dem Rathausplatz, Azubi-Wettbewerb und BarCamp, „Nacht für Neugierige“ auf dem Zukunftspark mit Audiowalk, Stadtpaziergänge, Klimagespräche für Unternehmen, WerkStadt, CampusWerkstatt Zukunftspark
- Digitale/innovative Formate: Mixed Reality (3D-Modell), Minecraft, Azubi-Wettbewerb



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Informationsveranstaltungen, z. B. „Tatort Zukunftspark“ auf dem Rathausplatz, „Zeugenbefragung“ auf dem Weihnachtsmarkt
- Lokale Presseberichte
- Soziale Medien: Facebook, Instagram, LinkedIn, Website der Stadt
- Regelmäßige Informationen an die Stadtspitze/Bürgermeister
- Großes Abschlussfest „Zukunftsfest – Zukunftspark Ludwigsfelde“

Weiterführende Informationen zum Modellvorhaben
www.ludwigsfelde-wirtschaft.de/zukunftspark-ludwigsfelde



Lange Tafel beim #makerstreet Straßenfest

Potsdamer Innenstadt als Reallabor

Die Stadtverordneten Potsdams beschlossen im Mai 2023 das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken!“, um mehr Raum für alle zu schaffen und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Rund 500 Stellplätze sollen künftig anders genutzt werden. Im Modellvorhaben testete Potsdam auf dieser Grundlage neue Ansätze für mehr Aufenthaltsqualität, Klimaanpassung und Verkehrsberuhigung. Kern war die Dortustraße, wo von März 2024 bis Frühjahr 2025 ein verkehrsberuhigter Bereich entstand. Maßnahmen wie Pflanzbeete und Baumpflanzungen adressierten Klimaresilienz und Umweltqualität.



Postkarten-Flyer mit Slogan „Mehr Dortu für alle“

Dortustraße als Modellversuch – Mit Aktionen vor Ort Wirkung zeigen

Eine neue Verkehrsführung, weniger Parkflächen sowie Hochbeete und Sitzgelegenheiten verbesserten spürbar die Aufenthaltsqualitäten. Neben digitalen Umfragen im Dezember 2024 gab es Workshops und Stadtpaziergänge. Kinder- und Jugendworkshops nutzten die Software „Remix Streets“. Besonders wirksam waren aufsuchende Beteiligung und persönliche Ansprache – reine Online-Kommunikation erreichte viele nicht.

Das Projekt zeigt: Beteiligung gelingt, wenn sie niedrigschwellig, sichtbar und kontinuierlich erfolgt. Unterschiedliche Interessen zwischen Anwohnenden, Besuchenden und Gewerbetreibenden führten zu Konflikten, die berücksichtigt werden mussten. Häufig wurde der Wunsch nach einem neutralen „Kümmerer“ oder Citymanager geäußert, der Verwaltung, Gewerbe und Anwohnende vernetzt.

Fazit und Perspektiven

Im März 2025 wurde die Verkehrsberuhigung dauerhaft: Der nördliche Abschnitt bleibt Tempo-20-Zone mit Parkverbot, der südliche Teil wird autofrei. Positive Rückmeldungen wie „entspannt“ oder



Aus dem Urteil der Jury: „**Das sehr konkrete, innovative Reallabor in einem bedeutenden Innenstadtquartier konnte die Jury überzeugen. Unterstrichen hat die Jury dabei den ergebnisoffenen Ansatz des Vorhabens, das sich mit Flächenneuaufteilungen und Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum auseinandersetzt.**“

„nachbarschaftlich“ standen harter Kritik gegenüber – Sorge um wirtschaftliche Einbußen oder eingeschränkte Erreichbarkeit. Dies erforderte eine sorgfältige Planung von Ersatzparkflächen, Lieferzonen und Verkehrsführung. Klar wurde: Frühzeitige Kommunikation ist entscheidend für die Akzeptanz. Das Realexperiment „#makers-treet: Die Straße gehört dir“ zeigte mit langer Tafel, Kultur- und Sportangeboten, wie lebendige und attraktive autofreie Straßen neue Impulse für die Nutzung öffentlicher Räume setzen können. Es zog viele Menschen in die Innenstadt, sensibilisierte für nachhaltige Mobilität ohne zu belehren und lud zum Mitgestalten ein.

Bewährt haben sich offene, schrittweise Beteiligungsprozesse mit analogen und digitalen Formaten. Die Ergebnisse sollen zeitnah umgesetzt und verstetigt werden, um Akzeptanz, Vertrauen und Klimaschutzziele zu sichern. Verzögerungen könnten Frustration und Rückzug aus dem Dialog verursachen. Das Modellprojekt liefert zudem wichtige Erkenntnisse für das neue Straßenraumgestaltungskonzept, das ab Sommer 2025 mit weiteren Online-Beteiligungen und Workshops auf andere Innenstadtbereiche übertragen wurde. Messbar war eine Verdoppelung des Fuß- und Radverkehrs sowie eine Reduzierung des Autoverkehrs. Radfahrende nutzten die Straßen stärker, da sie sicherer wirkten. Potsdam zeigt, dass ein autoärmeres Innenstadtmodell mit mehr Raum für Begegnung und Grün möglich ist – wenn es durch transparente Prozesse, sichtbare Verbesserungen und Moderation begleitet wird.



Oberzentrum
Landeshauptstadt | Kreisfreie
Stadt im Berliner Umland



184.754 Einwohner

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Historische Innenstadt mit hoher Belastung durch Individualverkehr und Druck durch Bevölkerungswachstum, Klimawandel, Flächenknappheit | Ziel: Straßenräume neu denken, um Aufenthaltsqualität zu steigern und Flächenkonflikte zu lösen



100.000 €



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Stadtplanung, Denkmalschutz, Klima, Umwelt & Grün, Mobilität & techn. Infrastruktur, Wirtschaftsförderung
- Kammern und Verbände: IHK, DeHoGa, Handwerkskammer, Händlervereinigungen, VCD, AG City, ici! Potsdam
- Anwohnende, Gewerbetreibende, Schülerinnen und Schüler
- Stadtverordnete, Gestaltungsrat
- Auftragnehmer/Dienstleister: Stadtwerke, Jelbi/BVG, Büro Qrflid für Kommunikationsdesign, Büro Simon Wöhr, Planungsbüro pb Consult, GROW Landschaftsarchitektur, P3 Projekt GmbH



Beteiligungsformate und -tools

- Arbeitsgruppen, interne Workshops, Schülerprojekte mit Software „Remix Streets“
- Aktionstage, Straßenfeste, Realexperiment, Stadtpaziergänge, öffentliche Workshops
- Online-Beteiligungen: Abstimmung über Straßenpläne, interaktive Karten
- Befragungen zu Aufenthaltsqualität für Anwohnende/Gewerbe, Abstimmungen mit Kammern/Verbänden
- Präsentationen in Ausschüssen und Stadtpolitik



Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Informationsveranstaltungen für Anwohnende und Gewerbetreibende, „Stadtverwaltung vor Ort“
- Projekt-Websites, soziale Medien mit Kommentarfunktion, Postkartenflyer, Infotafeln, Schilder
- Unterstützung durch Verbände/Kammern bei Kommunikation
- Öffentlichkeitskampagne mit Slogans, z. B. „Mehr Dortu für Alle“, Informationsstand Realexperiment

Weiterführende Informationen zum Modellvorhaben

www.mobil-potsdam.de/de/dortustrasse/



Website



Mitwirken



Zukunftswerkstatt in der Bernhard-Kellermann-Oberschule Senftenberg

Digitale Jugendbeteiligung für attraktive Freizeitflächen

Im Modellvorhaben in Senftenberg entwickelten Jugendliche von 13 bis 25 Jahren gemeinsam mit Stadtverwaltung und Kinder- und Jugendparlament eine neue Freizeitfläche an der Briesker Straße. Unterstützt wurden sie von einem Unternehmen für digitales Lernen und einem Büro für Landschaftsarchitektur. Erstmals kamen Augmented und Virtual Reality (AR/VR) zum Einsatz: Ein digitaler Zwilling wurde erstellt und virtuell erlebbar gemacht. Auf dieser Grundlage wurden drei Gestaltungsvarianten erarbeitet und eine Vorzugsvariante abgestimmt. Workshops und eine Online-Abstimmung halfen bei der Bewertung.



Siegervariante aus der Abstimmung über drei Entwurfsvarianten zur Gestaltung einer Jugendfreizeitfläche

Nutzung digitaler Technologien – Wie Ideen vor Ort sichtbar werden

Der Prozess startete im Dezember 2023 mit der Einbindung zweier Oberschulen und eines Gymnasiums. In Zukunftswerkstätten – wie im Jugendhaus Pegasus, an Schulen und im Fußballverein – entstanden über 170 Vorschläge. Das Kinder- und Jugendparlament wählte 30 Favoriten aus, die als 3D-Objekte modelliert wurden. Seit Dezember 2024 ermöglicht AR-Technologie, die Objekte direkt vor Ort zu erleben. Ergänzend gab es VR-Workshops, Livestreams und Präsentationen in einem Coworking Space.

Die Resonanz war durchweg positiv: Begeisterung, Neugier und Mitwirkungswünsche prägten den Prozess. Jede Phase brachte mehr Interesse, insbesondere durch digitale Ansprache. Erfolgreich war die Beteiligung an Schulen, herausfordernd dagegen Terminabstimmungen, Personalaufwand und Abhängigkeit von Rückmeldungen der Lehrkräfte.

Aus den zahlreichen Ideen entstanden drei Entwürfe mit zugehöriger Visualisierung: ein aktives Zentrum mit Sportbereich, Calisthenics-Anlage und Veranstaltungsfläche; eine funktionale



Aus dem Urteil der Jury: „**Sehr überzeugend befand die Jury die beabsichtigte Anwendung neuer Technologien, die zielgruppenspezifisch und methodisch innovativ sind. Die mit dem Modellvorhaben beabsichtigte Stärkung der Identifikation der Jugendlichen mit ihrem Lebensumfeld, des sozialen Engagements und der Ausbau der Beteiligungskultur waren überzeugend.**“

Diagonale, die zwei Plätze über eine Bewegungsachse verbindet; ein freies Feld mit Rundweg um eine Wiese und Sportbereich. Im Sommer 2025 folgte die stadtweite Online-Abstimmung, beworben über Schulen, Presse und Flyer. Ergebnis ist eine Vorzugsvariante zur weiteren Planung. Darauf folgte eine interne Projektdokumentation.

Fazit und Perspektiven

Besonders bewährt haben sich analoge Zukunftswerkstätten, Vor-Ort-Workshops und Online-Abstimmungen. Feedbackrunden nach jedem Schritt erwiesen sich als zentraler Erfolgsfaktor. Der Aufwand für die Verwaltung war höher als bei klassischen Prozessen. Durch das beteiligte Unternehmen gelang jedoch eine breitere und niedrigschwellige Einbindung der Jugendlichen.

Trotz Kritik – etwa zur Repräsentativität oder zu Kosten – liefert das Projekt konkrete Planungsgrundlagen und Impulse für künftige Vorhaben. Die Vorzugsvariante wird im November 2025 als Beschluss der SVV vorgelegt.

Senftenberg zeigt, wie junge Menschen mit kreativen Tools ihre Stadt aktiv mitgestalten können. Für die Umsetzung bemüht sich die Stadt um Mittel aus der Städtebauförderung. Auch temporäre Lösungen wie gemeinsame Aktionen oder Möblierung im Rahmen eines „Baufestivals“ sind denkbar, wofür eine Finanzierung nötig ist, beispielsweise über lokale Sponsoren.



Mittelzentrum in
Funktionsteilung | Landkreis
Oberspreewald-Lausitz
Weiterer Metropolitanraum



23.466 Einwohnende

2024, Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg



Fehlende attraktive Freizeit- und Aneignungsflächen für Jugendliche und junge Erwachsene trotz Nachfrage und Defizit im Spielplatzentwicklungskonzept | Ziel: Bedarf aufgreifen und die Stadtgesellschaft frühzeitig in die Planung einbinden



84.400 €



Beteiligte Akteure

- Stadtverwaltung: Stadtplanung, Bildung, Soziales, Kultur
- Kommunalpolitik: Stadtverordnete, Ausschüsse
- Kinder und Jugendliche, Jugendparlament, weitere Bürgerinnen und Bürger
- Schulen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Jugendhäuser
- Auftragnehmer/Dienstleister: Die Lernfuturisten, Schieferdecker Landschaftsarchitektur



Beteiligungsformate und -tools

- Auftakt im Jugendhaus Pegasus
- Schulpräsentationen und Befragungen
- Zukunftswerkstätten an Schulen
- Vor-Ort-Workshops und Begehungen mit Jugendlichen
- Digitale Tools: AR/VR-Brillen, Online-Abstimmung
- Regelmäßige Einbindung von Fachausschüssen & Stadtverordneten



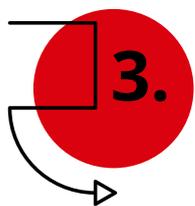
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- Projektvorstellungen in Schulen und Ausschüssen
- Bauzaunbanner mit QR-Code
- Projekt-Website „PartiSFB – Die Lernfuturisten“
- Soziale Medien: YouTube-Playlist, weitere Kanäle
- Pressemitteilungen

Weiterführende Informationen zum Modellvorhaben

[www.senftenberg.de/Rathaus/
Stadtentwicklung/Jugendfreizeitfläche/](http://www.senftenberg.de/Rathaus/Stadtentwicklung/Jugendfreizeitfläche/)





3. Dialog, Wissenstransfer und Vernetzung

Eine besondere Stärke der Landesinitiative lag im fortlaufenden, engen Austausch und in der gemeinsamen Reflexion der Modellvorhaben – sowohl untereinander als auch mit dem MIL. Raum dafür boten verschiedene Dialog- und Veranstaltungsformate sowie Vor-Ort-Termine des MIL. Darüber hinaus wurden die Erkenntnisse aus den Modellvorhaben bei zahlreichen Fachveranstaltungen außerhalb der Landesinitiative präsentiert, zum Beispiel bei der jährlichen Fachkonferenz des „Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg“. Publikationen sowie die regelmäßig aktualisierte Projekt-Website unter <https://msdz.brandenburg.de> vermittelten allen Interessierten vertiefende Informationen zur Landesinitiative und zu den Modellvorhaben.

1. Klassentreffen „Meine Stadt der Zukunft“ in Ludwigsfelde (Bild oben)

Fachlicher Dialog bei öffentlichen Konferenzen

Damit alle brandenburgischen Städte und Gemeinden von den Ergebnissen profitieren, fanden **öffentliche Fachkonferenzen** zu ausgewählten Themenschwerpunkten statt. Im Rahmen einer **Zwischenbilanzkonferenz im September 2024** und einer **Abschlusskonferenz im November 2025** wurden zentrale Erkenntnisse und Praxiserfahrungen öffentlich vorgestellt und diskutiert. Eingeladen waren Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter aller brandenburgischen Kommunen und der Landespolitik. Die Veranstaltungen eröffneten Einblicke in die laufenden Modellvorhaben und ermöglichten einen lebendigen Fachaustausch zur kommunalen Praxis und den Zukunftsthemen.

Es zeigte sich, dass die anstehenden Herausforderungen nur durch innovative, kooperative und lokal individuell ausgestaltete Ansätze gemeistert werden können. Mit Blick auf die Zukunftsthemen der Landesinitiative wurde klar:

- **Klimaschutz und Klimaanpassung** müssen sozial verträglich und partizipativ gedacht und für die Bevölkerung ganz konkret erlebbar gemacht werden.
- **Digitale Werkzeuge** können Planungs- und Teilnahmeverfahren maßgeblich unterstützen und eine bessere Visualisierung von Entwicklungsszenarien/-varianten ermöglichen.
- **Gemeinwohlorientierung** stellt sicher, dass Stadtentwicklung nicht nur wirtschaftlichen Interessen dient, sondern soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Teilhabe fördert.

Transferwerkstätten: Thematische Vertiefung und gemeinsame Reflexion

In **drei Transferwerkstätten** wurden Diskussionen entlang der Leitthemen der Landesinitiative vertieft. Die Ausgestaltung dieser Veranstaltungen erfolgte in enger Abstimmung mit den gastgebenden Modellkommunen. Jede Werkstatt stellte ein Zukunftsthema in den Mittelpunkt und setzte sich mit konkreten Fragestellungen aus der Praxis auseinander:

- **Klimawandel** (Juni 2024)
- **Digitalisierung in der Stadtentwicklung** (März 2025)
- **Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung** (September 2025)

Durch Fachimpulse, Workshops und Stadtspaziergänge erhielten die Teilnehmenden – Vertreterinnen und Vertreter der Modellstädte beider Förderrunden und der fachlich relevanten Landesressorts sowie Expertinnen und Experten – praxisnahe Einblicke in lokale Vorhaben und konnten sich über Herausforderungen, Lösungsansätze und offene Fragen austauschen.

Die Transferwerkstätten leisteten einen wertvollen Beitrag zum interkommunalen Austausch und zur

Entwicklung übertragbarer Ansätze. Sie zeigten, dass lokale Netzwerke, ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Einbindung von Politik und Gesellschaft für die Auseinandersetzung mit den Zukunftsthemen in der Praxis entscheidend sind.

Modellkommunen im kollegialen Austausch

Der kontinuierliche Dialog zwischen den Modellkommunen, dem MIL und der Projektassistenz wurde durch regelmäßige „**Klassentreffen**“ in überwiegend digitalem Format gestärkt. Diese kompakten Online-Meetings dienten dem Austausch zu organisatorischen und inhaltlichen Aspekten und ermöglichten die Reflexion über Abläufe und Formate. Kurze Fachvorträge und thematische Diskussionen – etwa zu digitalen Beteiligungsinstrumenten oder datenschutzrechtlichen Anforderungen – lieferten zusätzliche Impulse.

Direkte Einblicke durch Vor-Ort-Besuche

Ergänzend dazu boten Einladungen zu Veranstaltungen in den Modellstädten allen Beteiligten die Möglichkeit, direkte Eindrücke aus der Umsetzung vor Ort zu gewinnen. Diese Begegnungen vertieften das Verständnis für die kommunalen Rahmenbedingungen und Handlungsansätze. Sie lieferten zudem wichtige Anregungen für zukünftige Förderstrategien und Unterstützungsangebote auf Landesebene.



Veranstaltungs-Typologie

Grüne Mobilität & Infrastruktur



Ideen für den Zukunftspark:



4.

Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Modellvorhaben

Die sieben Modellstädte in Brandenburg haben von 2023 bis 2025 einen gewinnbringenden Prozess durchlaufen und dabei zahlreiche Erkenntnisse für Zukunftsfragen der Stadtentwicklung gewonnen. Vielfältige Erfahrungen wurden gesammelt – darunter gelungene Ansätze ebenso wie Herausforderungen und Stolpersteine, die im Verlauf der Projekte sichtbar wurden. Dieses Wissen soll auch anderen Kommunen als Anregung dienen, bewährte Ideen sollen ausdrücklich weiterverwendet werden. Der Umgang der Modellstädte mit Schwierigkeiten kann helfen, ähnliche Hürden frühzeitig zu erkennen und zu

überwinden. Eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung braucht angesichts komplexer Herausforderungen Raum für kreative Lösungsansätze und neue Denkweisen. Dafür gilt es organisatorische, finanzielle und technische Rahmenbedingungen zu schaffen. Ebenso entscheidend ist die aktive Einbindung der Stadtgesellschaft und Stadtpolitik – denn tragfähige Ergebnisse entstehen vor allem im gemeinsamen Dialog. Die Erfahrungen aus den Modellvorhaben und dem begleitenden fachlichen Austausch liefern wichtige Impulse für kommunale Entwicklungsprozesse in Brandenburg – und darüber hinaus.

„Zukunftsfest der Ideen“ in Ludwigsfelde (Bild oben)

I. Zukunftsthemen gemeinsam voranbringen



Klimawandel

- **Integriert denken und handeln:** Klimaschutz, Klimaanpassung, umweltgerechte Mobilität und Energiewende mit Dichte und Nutzungsmischung verknüpfen und strategisch verankern
- **Klimakriterien berücksichtigen:** für CO₂-Reduzierung, Energieeffizienz, Resilienz und Materialwahl Standards schaffen
- **Öffentliche Räume neu gestalten:** Entsiegelung und Aufenthaltsqualität schaffen, mehr Grün und Wasser
- **Frühzeitig einbinden:** Akteure, Daten und Ressourcen von Beginn an koordinieren
- **Beratungsangebote und Netzwerke nutzen:** Kompetenzaufbau, Wissenstransfer und Förderung gezielt einsetzen

Klimaanpassung, Mobilitätswende und Energieversorgung aktiv gestalten

Die Bewältigung des Klimawandels in Städten gelingt nur, wenn Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilitäts- und Energiewende **integriert betrachtet** werden – als Querschnittsaufgabe und zugleich als Maßstab künftiger Stadtentwicklungsprozesse. Dabei rücken die Anpassung und Weiterentwicklung öffentlicher Räume immer stärker in den Fokus: Die Planung und Umsetzung klimagerechter Lösungen und die Förderung umweltgerechter Mobilitätsformen sind dort erfolgreich, wo sie eng mit Fragen der Aufenthaltsqualität und des sozialen Zusammenhalts verbunden werden. Nutzungs- und Gestaltungskonzepte für die **städtischen Räume** sollten dies berücksichtigen.

Klimaanpassung ist dabei eng mit **baulicher Dichte und Nutzungsmischung** verbunden. Eine Multicodierung von Flächennutzungen,

die Grünstrukturen, Wasserflächen und Verschattung integriert, ermöglicht kompakte und zugleich klimaresiliente Stadtstrukturen. Das Modellvorhaben in Angermünde zeigt, wie durch eine quartiersbezogene Planung, die Offenlegung von Gewässern, grüne Infrastruktur und gemeinschaftliche Gärten klimaresiliente Räume entstehen können. In Bad Belzig wurde das Modellvorhaben parallel zur Erstellung der kommunalen Wärmeplanung umgesetzt. Abgestimmte Prozesse, eine belastbare Datengrundlage und die frühzeitige Einbindung relevanter Akteure waren auch unter komplexen Rahmenbedingungen wie historischer Bausubstanz, hoher Versiegelung und Denkmalaufgaben zentrale Erfolgsfaktoren.

Klimaanpassung, Mobilitätswende und Energieversorgung aktiv gestalten

Im Reallabor in Potsdam wurde erlebbar, wie die Dortustraße barrierefreier, sicherer und klimafreundlicher werden kann. Gemäß dem Motto „Let's play Klimaanpassung“ erprobte man in Brandenburg an der Havel die Möglichkeiten klimagerechter Stadtgestaltung auf spielerische Art im digitalen Raum.



Dokumentation der Diskussion, 1. Transferwerkstatt in Angermünde

Die Einbindung verschiedener **Akteure** trägt dazu bei, die Stadtgesellschaft stärker für das Thema Klimawandel und die resultierenden Handlungserfordernisse – beispielsweise in den Bereichen Mobilität, Wärmewende und lokale Energiewende – zu sensibilisieren. Als wichtige **Multiplikatoren** sind beispielsweise ehrenamtlich Aktive oder Mitarbeitende in kommunalen Unternehmen von besonderer Bedeutung. So können eigene Handlungsansätze verdeutlicht und ein nachhaltiges Mindset gefördert werden. Eine Zusammenarbeit in **Netzwerken** erweist sich hierfür als besonders sinnvoll. Werden Ziele und Instrumente gemeinsam mit Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft entwickelt und diese über Beteiligungsprozesse priorisiert, steigert dies **Akzeptanz und Wirksamkeit** der Umsetzung. Gleichzeitig unterstreichen Unterstützungsangebote wie das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) die Bedeutung niedrigschwelliger **Beratungsstrukturen** und gezielter Förderprogramme für kommunale Umsetzungserfolge. Kriterien wie CO₂-Einsparung, energetische Effizienz, nachhaltiger Materialeinsatz oder klimaresiliente Gestaltung können als Bewertungsmaßstab dienen, um Stadtentwicklungsprojekte künftig auf ihren Beitrag zu Klimaschutz und -anpassung systematisch zu überprüfen. Dafür braucht es **Leitlinien**, die regelmäßig weiterentwickelt und in Planungs- und Entscheidungsprozesse integriert werden. Die Berücksichtigung von **Klimagerechtigkeit** als Orientierungshilfe unterstützt die Entwicklung nachhaltiger und tragfähiger Stadtlösungen.



Studierende im Projekt „Let's play Klimaanpassung“ in Brandenburg an der Havel



Digitalisierung

- **Strukturen aufbauen:** frühzeitig Zuständigkeiten klären, zentrale Koordinationsstellen einrichten sowie personelle und finanzielle Kapazitäten einplanen
- **Schrittweise starten:** mit Pilotprojekten Standards erproben und Know-how aufbauen – langfristige Verstetigung mitdenken
- **Chancen ausschöpfen:** digitale Tools und Künstliche Intelligenz (KI) für Planung, Beteiligung und Verwaltungsarbeit strategisch verankern und einsetzen
- **Innovative Formate nutzen:** Augmented Reality, virtuelle Stadtmodelle, KI und Dashboards für anschauliche Information und Beteiligung sowie als bessere Entscheidungsgrundlagen einsetzen
- **Hybride Beteiligung stärken:** digitale und analoge Formate kombinieren, um alle Zielgruppen zu erreichen
- **Datenschutz und Standardisierung ermöglichen:** Voraussetzungen für rechtssichere digitale Stadtentwicklung schaffen

Digitalisierung zielgerichtet für Stadtentwicklung und Beteiligung nutzen

Digitale Technologien eröffnen **vielfältige Chancen** für eine transparente, kollaborative und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung – von der Datenbereitstellung und -verarbeitung, der Planungsvisualisierung, der Bürgerbeteiligung bis hin zur internen Verwaltungskoordination. Erfolgreiche Praxisbeispiele wie Senftenberg und Ludwigsfelde zeigen, wie Augmented Reality (AR), virtuelle Stadtmodelle oder KI-gestützte Anwendungen Planungsprozesse erweitern und Beteiligung innovativ gestalten können. Auch Dashboards oder digitale Planungsportale können komplexe Inhalte für verschiedene Zielgruppen verständlich aufbereiten und strategische Entscheidungen unterstützen.

Damit digitale Lösungen ihre volle Wirkung entfalten, braucht es jedoch **klare Rahmenbedingungen** und verlässlichen Zugang zu relevanten Daten.



VR-/AR-Veranstaltung zum Zukunftspark mit Jugendlichen

Brandenburg an der Havel erprobte Online-Plattformen, ein digitales Spiel und interaktive Tools, um Bürgerinnen und Bürger in Klimafragen einzubinden. Diese Erfahrungen verdeutlichten sowohl das Potenzial als auch die Grenzen digitaler Beteiligung: fehlende Lizenzen, Datenschutzunsicherheiten und begrenzte IT-Kompetenzen hemmten die Durchführung und erschweren teils auch die Weiternutzung der entwickelten Tools. Kommunen sollten daher **frühzeitig Zuständigkeiten klären, eine koordinierende Stelle für digitale Stadtentwicklungsprojekte einrichten** und rechtssichere, standardisierte Tools einsetzen. **Empfehlungen und zertifizierte Softwareangebote** könnten sie entlasten und eine verlässliche Grundlage für Beteiligung, Monitoring und strategische Planung schaffen.

Für eine effektive Datennutzung – etwa für Wärmeplanung, Verkehrssteuerung oder Klimaschutz – sind klare rechtliche Grundlagen und vereinfachte Abstimmungsprozesse nötig. Besonders kleinere Kommunen benötigen hier **klare, standardisierte Empfehlungen**, um rechtssicher und ressourcenschonend arbeiten zu können.

Für den nachhaltigen Ausbau digitaler Kompetenzen ist zudem qualifiziertes Fachpersonal unverzichtbar. Ein **strategischer Rahmen**, etwa über Smart-City- oder Digitalstrategien, sowie kleinformatige Pilotprojekte helfen, technische Standards zu erproben und internes Know-how aufzubauen. Langfristige **Verstetigungs- und Finanzierungsmöglichkeiten** solcher Vorhaben sollten von Beginn an Teil von Projekten sein.

Kommunen sollten daher **frühzeitig rechtliche Expertise aufbauen** oder extern einbinden, um Datenkooperationen – etwa mit Versorgern oder Landesinstitutionen – rechtssicher und effizient zu gestalten. Der Zugang zu zertifizierten, datenschutzkonformen Tools – beispielsweise zum „Smart City Dialog“ des Bundes oder zum „Marktplatz DEUTSCHLAND.DIGITAL“ – mit Beratung zu deren Einsatz und rechtlicher Einordnung stellen eine wichtige Unterstützung für Kommunen dar.

Durch den **Einsatz digitaler Beteiligungstools** kann eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden – etwa mittels zeitlich flexibler Beteiligung rund um die Uhr. Dabei sollten jedoch



Gemeinwohl

niedrigschwellige Zugänge und begleitende Unterstützungsangebote nicht fehlen, um möglichst vielen Menschen eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen. GIS-Plattformen und digitale Zwillinge auf Basis von 3D-Stadtmodellen dienen immer häufiger als Grundlage für strategische Stadtentwicklung, Smart-City-Anwendungen und interaktive Beteiligung der Bevölkerung. Hybride Beteiligungsformate, also die Kombination analoger Beteiligung mit gängigen digitalen Tools, haben sich bewährt. Durch direkte Ansprache, Rundbriefe oder persönliche Gespräche können auch jene eingebunden werden, die rein digitale Formate bislang nicht nutzen.

Auch **außerhalb von Beteiligungsprozessen** ist die Digitalisierung für Städte und Gemeinden von hoher Bedeutung. Im Rahmen der Transferwerkstätten wurde beispielsweise der Bedarf an KI-gestützten Chatbots als **praxisnahe digitale Unterstützungstools** benannt, die Kommunen helfen sollen, sich in komplexen Förderlandschaften besser zurechtzufinden. Sie können automatisiert Informationen zu passenden Förderprogrammen, Antragsvoraussetzungen und Fristen bereitstellen und damit Verwaltungsmitarbeitende entlasten. Ziel ist es, **Zugangshürden besonders für kleinere Kommunen zu senken**, die häufig nicht über eigene Förderexpertise verfügen. KI und digitale Assistenten können verwaltungsintern Planungsprozesse, Verkehrssteuerung oder Bürgerkommunikation erleichtern. Eine kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeitenden in diesem Bereich muss jedoch sichergestellt werden.

- **Gemeinwohl in den Fokus stellen:** Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen schaffen und Kompromisse eingehen
- **Beteiligung und Kooperation als Qualitätsmerkmal etablieren:** aktive Mitgestaltung als Voraussetzung für die integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung verstehen
- **Polarisierung entgegenwirken und Demokratie befördern:** Austausch fördern, um Vertrauen, Zusammenhalt, Gleichbehandlung und Verständnis zu stärken
- **Auf fundierter Grundlage entscheiden:** Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft bei der Entwicklung gemeinsamer tragfähiger Lösungen unterstützen
- **Wirtschaftliche Akteure als Mitgestaltende gewinnen:** Gemeinsame Interessen sichtbar machen, Mehrwerte aufzeigen und Verantwortung für den Standort teilen

Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung setzt auf Dialog und Kooperation in der Stadt

Für ein gemeinsames Verständnis von Gemeinwohl in der Stadtentwicklung ist ein offener und breiter Diskurs entscheidend, bei dem kollektive Anliegen Vorrang vor Einzel- und Gruppeninteressen haben. Als Qualitätsmerkmal integrierter Stadtentwicklungsprozesse spielt die **Partizipation** eine zentrale Rolle. Sie fördert das gegenseitige Verständnis für Bedürfnisse, Rahmenbedingungen und Zwänge aller Betroffenen und Beteiligten und trägt zur **kooperativen Gestaltung** der Stadt bei.

Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zielt darauf ab, urbane Räume so zu gestalten, dass sie soziale, ökologische, kulturelle und ökonomische Belange im Sinne des Allgemeinwohls unterstützen. Sie versteht Stadt nicht als Produkt, sondern als **gemeinsames Projekt**. Das Gemeinwohl wird über rein marktwirtschaftliche oder eigennützige Interessen gestellt. Gemeinwohl-

orientierung gelingt, wenn Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft **partnerschaftlich** handeln – dies zeigen auch die Modellvorhaben.

In Bad Belzig wurden Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mietende aktiv in die Planung der nachhaltigen, klimaneutralen Energieversorgung der Altstadt einbezogen, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu erhöhen und die Umsetzbarkeit auf die **lokalen Bedürfnisse** abzustimmen. Dazu gehörte auch die Machbarkeitsprüfung eines gemeinwohlorientierten Genossenschaftsmodells für die künftige Energieversorgung. Verschiedene Beteiligungsformate – sowohl analog als auch digital – stärken demokratische Kompetenzen und fördern den **gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Insbesondere angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung helfen solche Prozesse, unterschiedliche Perspektiven auszutauschen, Vertrauen aufzubauen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Auf diese Weise können Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam auf fundierter Grundlage entscheiden und die Stadtentwicklung nachhaltig gestalten.

In Angermünde wurden mit Planungsworkshops und offenen Beteiligungsformaten neue Dialogräume geschaffen. Die Verbindung aus klassischen Verfahren und experimentellen Formaten wie Testnutzungen oder Pop-up-Räumen stärkte **Identifikation und Zusammenhalt**. Im Potsdamer Reallabor wurde die faktenbasierte Kommunikation gestärkt: Gerade bei emotional aufgeladenen Themen – etwa bei Fragen der Mobilität oder Umnutzung – helfen nachvollziehbare Daten und gemeinsame Lernprozesse, **Vertrauen** aufzubauen und Polarisierung zu vermeiden. In Ludwigsfelde zeigte sich, dass sich Gemeinwohlorientierung und ökonomische Interessen gut ergänzen, wenn Unternehmen einen klaren Mehrwert für sich erkennen. Austauschformate zwischen Wirtschaftsförderung, Stadtplanung und Unternehmen steigerten das Verständnis für das Vorhaben und die **Motivation** zur aktiven Mitwirkung. Auch Frankfurt (Oder) setzte auf ein gemeinsames Lernen zwischen Stadtverwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft, um den kooperativen Entwicklungsprozess eines Zentrums für Nachhaltiges Wirtschaften anzustoßen. Öffentliche Werkstätten, Kooperationen mit lokalen Initiativen und ein städtebauliches Gutachterverfahren machten demokratisches Mitwirken – das „Stadtmachen“ – erlebbar.



Dritte Sitzung des Planungsbeirats in Angermünde

II. Konkret werden und Stadträume umgestalten

- **Fokus auf konkrete Orte legen:** Quartiere, Straßenräume und Grundstücke als Basis für Planung und Beteiligung verwenden
- **Strategie sichtbar machen:** lokale Räume bearbeiten, um Zukunftsthemen wie Klima, Mobilität und Energie greifbar zu machen
- **Experimentierfelder schaffen:** temporäre Interventionen und digitale Formate für gemeinsames Testen von Ideen nutzen – dabei ehrliche Auswertung sicherstellen
- **Präzise Daten nutzen:** durch räumliche Analysen passgenaue Lösungen finden, z. B. bei Wärmeplanung
- **Digitale Tools gezielt einsetzen:** mit Augmented Reality und virtuellen Modellen starke Wirkungen bei klar abgegrenzten Räumen erzielen

In der zweiten Förderrunde der Landesinitiative stand die Verknüpfung zentraler Zukunftsthemen mit klar definierten räumlichen Bezugsgrößen im Vordergrund – **vom Stadtquartier über Raumachsen, öffentliche Räume bis hin zu Grundstücken**. Dieser Fokus auf konkrete Orte hat die Diskussion geschärft, die Beteiligung intensiviert und die Sichtbarkeit der Projekte deutlich erhöht. Die Modellvorhaben betrachteten den Stadtraum als Experimentierfeld, in dem neue Planungsideen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft getestet und durch temporäre oder digitale Formate sichtbar gemacht wurden.

So zeigt das Modellvorhaben in Angermünde, wie **Klimaanpassung auf Quartiersebene** durch die Offenlegung von Gewässern, den Ausbau grüner Infrastruktur und gemeinschaftliche Gärten bereits in der Planungsphase wirksam verankert werden kann. Die räumlich klar begrenzte Planung erleichterte die Abstimmung zwischen Klimaanpassung, Mobilitätswende und Energietransformation und förderte die aktive Beteiligung der Anwohnenden.

In Bad Belzig wurde die kommunale **Wärmeplanung mit konkreten Gebäude- und Grundstücksdaten der historischen Altstadt** konsequent verknüpft. Diese präzise räumliche Grundlage – etwa durch die Nutzung detaillierter Schornsteinfegerdaten – ermöglichte die passgenaue Untersuchung der Machbarkeit zum Beispiel für Wärmenetze und energetische Sanierungen.

Auch der **Straßenraum** wurde gezielt für Beteiligung und Gestaltung genutzt: Mobile Infotafeln, temporäre Installationen und Pop-up-Nutzungen machten Projekte sichtbar und luden zu niedrigschwelliger Mitwirkung ein. Konkrete öffentliche Räume wie die Dortustraße in Potsdam, die südliche Bauhofstraße in Brandenburg an der Havel oder **brachliegende Grundstücke** in Frankfurt (Oder), Senftenberg und Ludwigsfelde wirkten zudem als Katalysatoren für bürgerschaftliches Engagement. Sie boten physische Orte für Begegnung, Projektarbeit und Identifikation. Digitale Technologien wie virtuelle Stadtmodelle oder Augmented-Reality-Anwendungen entfalteten ihre Wirkung besonders dann, wenn sie auf klar abgegrenzten Räumen angewendet wurden – vom einzelnen Grundstück bis zum gesamten Quartier. Dadurch wurden Planungsoptionen für Bürgerinnen und Bürger anschaulich und nachvollziehbar.

Insgesamt hat die **räumliche Fokussierung** der zweiten Förderrunde dazu beigetragen, strategische Ziele in konkrete, lokal erlebbare Veränderungen zu übersetzen und so die Basis für nachhaltige Umsetzungsprozesse zu stärken.



*Neue Podeste für die
Gastronomie in der
Dortustraße in Potsdam*



Rundgang durch das Projektgebiet in Brandenburg an der Havel im Rahmen der Bürgerbeteiligung

III. Strategisch verankerte Instrumente wirkungsvoll anwenden

- **Klare Strategien entwickeln und kontinuierlich fortschreiben:** integrierte Konzepte mit klaren Zielen und zugleich flexiblem Handlungsspielraum für ergebnisoffene Planungs- und Umsetzungsprozesse erarbeiten
- **Räumlich präzise planen:** Quartiere, Straßenräume oder Raumachsen gezielt in den Fokus strategischer Planungen nehmen
- **Innovative Planungsinstrumente in einen strategischen Rahmen setzen:** Ziele und Handlungsspielräume klar definieren, Ressourcen festlegen und Auswertung verankern
- **Strukturen verstetigen:** dauerhafte Management- und Koordinierungsstellen schaffen – verwaltungsintern, intermediär oder extern
- **Daten und Standards nutzen:** einheitliche Leitlinien, Checklisten und Planungsgrundlagen etablieren
- **Pilotprojekte mit Strategiearbeit koppeln:** temporäre Interventionen sichtbar machen und Erfahrungen in mittel- bzw. langfristige Strategien einbetten

Erfolgreiche Stadtentwicklungsprozesse beruhen auf **abgestimmten konzeptionellen und planerischen Grundlagen**. Dazu zählen integrierte Quartiers- oder Innenstadtentwicklungskonzepte, die einen wichtigen **strategischen Orientierungsrahmen** bilden und die Verzahnung verschiedener Handlungsfelder ermöglichen. Sie sollten nicht nur thematisch, sondern auch räumlich präzise ausgerichtet sein – etwa auf definierte Quartiere, Raumachsen oder Straßenräume – und regelmäßig fortgeschrieben werden. In Potsdam bildete beispielsweise das 2023 beschlossene Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken!“ die Grundlage für eine erste Umsetzung im Rahmen eines Modellversuchs in der Dortustraße. Gleichzeitig ist ausreichend Flexibilität erforderlich, um auf veränderte Rahmenbedingungen, neue Erkenntnisse oder spezifische Bedarfe reagieren zu können sowie eine Ergebnis- und Prozessoffenheit zu ermöglichen.

Die Modellvorhaben zeigten auch, dass innovative Planungsinstrumente – wie VR/AR-Visualisierungen, Beteiligungsspiele oder experimentelle Testnutzungen – nur dann Wirkung entfalten, wenn sie in einen klar definierten Rahmen eingebunden sind. In Senftenberg beispielsweise wurde der Einsatz von AR/VR-Techniken für Beteiligungsprozesse als sehr wertvoll eingeschätzt, aus finanziellen und technischen Gründen können diese vorerst aber nicht dauerhaft etabliert werden. Dies verdeutlicht, dass **erprobte innovative Formate erst dann in Regelverfahren überführbar sind, wenn Ressourcen, Verantwortlichkeiten und technische Voraussetzungen ausreichend geklärt werden und eine dauerhafte strategische Verankerung erfolgt.**

Auf planerischer Ebene lohnt es sich, **standardisierte und projektübergreifende Daten- und Arbeitsgrundlagen** zu etablieren. Dazu zählen Leitlinien, Checklisten z. B. für Klimaschutz und Klimaanpassung oder modulare Handlungsempfehlungen für die Freiraum- und Verkehrsplanung.

Besonders wirkungsvoll erwies sich die **Kombination aus temporären Pilotprojekten und strategischer Grundlagenarbeit**: Sichtbare Interventionen im öffentlichen Raum oder auf einzelnen Grundstücken erzeugen Aufmerksamkeit und Akzeptanz, während parallel erarbeitete Handlungsprogramme und Leitlinien sicherstellen, dass die gemachten Erfahrungen langfristig in künftige Planungen einfließen. Angermünde konnte mit seinen Aktivitäten zur Entwicklung des Gartenquartiers zeigen, wie experimentelle Nutzungen und Beteiligungsprozesse gezielt in ein langfristiges Stadtentwicklungskonzept überführt werden können. Entstanden sind detaillierte **Leitlinien** für das Gebiet, die nun die Basis für ein städtebauliches Konzept bilden.

Empfehlenswert ist daher, **Beteiligung stets mit einer tragfähigen planerischen Basis und klaren organisatorischen Strukturen** zu verbinden, um Maßnahmen **in langfristige Transformationsprozesse zu überführen.**

IV. Kommunikation und Partizipation nachhaltig steuern und gezielt einsetzen

- **Kommunikation strategisch planen:** klare Konzepte und Handlungsspielräume, Zielgruppen und Budgets frühzeitig festlegen – transparente Kommunikation von Ergebnissen auch nach Projektabschluss nicht vernachlässigen
- **Stadtpolitik einbinden:** frühzeitig und kontinuierlich, um Akzeptanz und nachhaltige Stadtentwicklung zu sichern
- **Erwartungshaltungen in den Blick nehmen:** Rahmenbedingungen zu Beginn festlegen, Mitgestaltungsmöglichkeiten transparent machen und Ergebnisse wertschätzend einbinden
- **Vielfältige und niedrigschwellige Formate schaffen und kombinieren:** digitale und analoge Wege verknüpfen, um breite Zielgruppen (z. B. Jugendliche, benachteiligte Gruppen und Unternehmen) persönlich zu erreichen und einzubinden
- **Beteiligung steuern:** Formate und Moderation gezielt einsetzen, Beteiligungsmüdigkeit vermeiden, Enttäuschung durch sichtbare Zwischenschritte vorbeugen
- **Ergebnisse sichern und Strukturen verstetigen:** dauerhafte Ressourcen und professionelles Beteiligungsmanagement aufbauen, Projektergebnisse in politische Beschlüsse und Fachplanungen überführen
- **Stadtmacherinnen und Stadtmacher stärken:** lokale Akteure vernetzen und fördern und engagierte Fürsprecher für Projekte finden

Stadtentwicklung durch aktive Mitnahme der Stadtpolitik sichern

Die frühzeitige **Einbindung und Anerkennung der Entscheidungsbefugnisse der Stadtpolitik** ist für Stadtentwicklungsvorhaben unerlässlich, da

sie politische Legitimation sichert, Entscheidungsprozesse stabilisiert und die langfristige Umsetzung von Strategien und Projekten gewährleistet. Zugleich stärkt sie das Vertrauen zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft und ermöglicht eine **transparente Kommunikation** über Ziele und Handlungsspielräume. Gerade Vertreterinnen und Vertreter der Stadtspitze können hier eine zentrale Rolle als Fürsprecher für neue, innovative Vorhaben spielen. Bei langfristigen Stadtentwicklungsprozessen trägt eine kontinuierliche Einbindung und Mitwirkung der Politik dazu bei, Projekte auch unter sich wandelnden Mehrheiten und unterschiedlichen Interessenlagen zu sichern. Auf diese Weise wird Stadtentwicklung nicht nur rechtlich abgesichert, sondern auch breiter in der Stadtgesellschaft verankert.

Kommunikation professionalisieren und dauerhaft sichern

Eine erfolgreiche Stadtentwicklung braucht mehr als gute Planung – sie erfordert **verständliche, zielgruppengerechte und kontinuierliche Kommunikation**. Die Modellvorhaben zeigen deutlich: Wo Kommunikation professionell gesteuert wurde, stiegen Akzeptanz, Beteiligung und Wirkung. Dafür braucht es frühzeitig entwickelte **Kommunikationskonzepte** mit klaren Zielsetzungen, definierten Zielgruppen, abgestimmten Formaten und gesichertem Budget.

So setzte etwa das Modellvorhaben in Angermünde auf ein Online-Projektstagebuch und eine Quartier-Website, die langfristig den Informationszugang sicherstellten. Ergänzt wurden diese digitalen Formate durch analoge Treffen zu verschiedenen Tageszeiten, um möglichst viele Teilnahmemöglichkeiten zu eröffnen und komplexe Fragen im intensiven Austausch zu klären. Das „AngerWERK“ im „Haus mit Zukunft“ fungierte dabei als offenes Quartierslabor und Anlaufstelle für die Bürgerschaft.

Für Beteiligungsprozesse ist eine begleitende, intensive Öffentlichkeitsarbeit – digital wie analog – ein zentraler Bestandteil des Projektverlaufs. Sie stellt sicher, dass breite und diverse Zielgruppen erreicht werden. Viele Kommunen verfügen nicht über ausreichende interne Ressourcen, weshalb der gezielte **Aufbau von Fachkompetenzen und -kapazitäten oder die Einbindung externer Partner** sinnvoll ist.

Im Modellvorhaben Ludwigsfelde führte die Zusammenarbeit mit verschiedenen externen Dienstleistern zwar zu organisatorischen Herausforderungen, ermöglichte aber zugleich eine breite Vielfalt an Perspektiven und Ideen. Die offene Einladung an die Bürgerschaft, aktiv an der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts mitzuwirken, erwies sich als zentraler Erfolgsfaktor – eine Erfahrung, die Ludwigsfelde auch anderen Städten ans Herz legt.

Um **Wirkung über das Projektende hinaus** zu gewährleisten, sollten Ergebnisse sichtbar bleiben. Kommunen berichten häufig, dass die Kommunikation nach Abschluss eines Projekts abbricht, was Akzeptanz und Motivation mindert. Eine unmittelbare Einbindung in Fachplanungen oder Übergabe an einen „Kümmerner“ kann dies vermeiden.

Erwartungsmanagement und Ergebniskommunikation konsequent gestalten

Eine klare Kommunikation über Ziele, Handlungsspielräume und realistische Ergebnisse ist eine zentrale Voraussetzung für gelingende Beteiligung. Bereits zu Beginn sollten die Erwartungen aller relevanten Akteure – von Bürgerschaft über Politik und Verwaltung bis zu Wirtschaftspartnern – offen diskutiert und der Gestaltungsspielraum transparent gemacht werden. Das bedeutet, die **Mitgestaltungsmöglichkeiten explizit zu benennen**, damit Beteiligte verstehen, **welche Aspekte sie aktiv beeinflussen können** und wo

Rahmenbedingungen oder Vorgaben bestehen. Gleichzeitig sollte ein **wertschätzender Umgang mit den Beteiligungsergebnissen** gewährleistet sein, indem Beiträge anerkannt, dokumentiert und, soweit möglich, in Entscheidungen oder Planungen einbezogen werden. In Angermünde hat sich beispielsweise die Form eines digitalen Projektstagebuchs bewährt.

Sichtbare Zwischenergebnisse wie temporäre Visualisierungen in Ludwigsfelde oder Pilotmaßnahmen in Potsdam helfen, Vertrauen aufzubauen und die Beteiligten mitzunehmen. Ebenso wichtig ist eine klare Kommunikation des Projektendes und der Folgeschritte, um die Anschlussfähigkeit zu sichern und Enttäuschungen vorzubeugen. In Potsdam zeigte sich außerdem, dass reine Online-Kommunikation viele Betroffene nicht erreicht. Besonders wirkungsvoll waren hier aufsuchende Beteiligung sowie persönliche Anschreiben. Frühzeitige und ehrliche Kommunikation sowie kurzfristige sichtbare Interventionen waren entscheidend für Akzeptanz und Vertrauen.

Beteiligung strategisch ausbauen – gezielt, niedrigschwellig und kooperativ

Um eine kooperative Stadtentwicklung zu gestalten, muss Bürgerbeteiligung auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnitten und dauerhaft verankert werden. Die Modellvorhaben zeigen, dass große Beteiligungsbereitschaft vorhanden ist – auch über die „üblichen Verdächtigen“ hinaus. Entscheidend ist, dass Formate als relevant erlebt und kontinuierlich angeboten werden. Insbesondere schwer erreichbare Gruppen wie Jugendliche, sozial benachteiligte Menschen oder lokale Unternehmen brauchen eigene Zugänge: Schulworkshops, Wettbewerbe, gamifizierte Tools oder aufsuchende Formate konnten umfassend erprobt werden und haben sich als wirksam erwiesen. Auch praxisnahe Kooperationen mit Betrieben – beispielsweise in Form von Projekten mit Auszubildenden oder Unternehmensdialo-

gen – ermöglichten neue Perspektiven auf die kommunale Entwicklung. Dies muss mit **transparenten Kommunikationsformaten und verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten der Stadtgesellschaft** einhergehen, um Akzeptanz zu gewinnen. Es erfordert zugleich aber auch den Mut aller, sich auf Neues einzulassen.

Gleichzeitig zeigen die Modellvorhaben, dass ein zu breites Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten zu Überforderung oder Beteiligungsmüdigkeit führen kann, wenn Formate nicht aufeinander abgestimmt sind oder zu häufig angeboten werden. Um dies zu vermeiden, ist ein gezielter **Einsatz der Formate sowie ihre Abstimmung untereinander** wichtig – mitunter auch durch die Kombination verschiedener Beteiligungsprozesse. Ein professionelles Beteiligungsmanagement mit entsprechenden Kapazitäten und Kompetenzen in der Verwaltung oder extern ist dafür unerlässlich.

Ein solches abgestimmtes und vielfältiges Beteiligungsportfolio sollte fortlaufend reflektiert, angepasst und weiterentwickelt werden – auch innerhalb laufender Verfahren. **Beteiligung wird so zum lernenden System**, das neue Erfahrungen systematisch aufnimmt und weiterträgt. Über ein vielfältiges Beteiligungsangebot ist es möglich, verschiedene Lebensrealitäten zu adressieren. Damit Beteiligung nicht punktuell bleibt, sondern strukturell wirkt, braucht es zudem personelle und finanzielle Verstärkung.

Lokale Stadtmacherinnen und -macher identifizieren, stärken und sichtbar machen

Engagierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stadtentwicklung – insbesondere in Transformationsprozessen. Sie sind häufig Ideengeber und Umsetzende zugleich, wenn es darum geht, neue Nutzungen für Gebäude, Freiflächen oder ganze Quartiere zu

entwickeln. Dieses Potenzial gilt es zu erkennen und aktiv zu fördern. Eine systematische Herangehensweise kann darin bestehen, auf kommunaler Ebene einen **Stadtmacherinnen- und Stadtmacher-„Pool“ oder eine Plattform für lokale Netzwerkarbeit aufzubauen**: Ein Verteiler, über den aktive Personen vernetzt und gezielt für konkrete Vorhaben angesprochen werden können. Schlüsselpersonen aus der Stadtgesellschaft können projekt- oder themenbasiert als Botschafterin bzw. Botschafter auftreten.

Wesentliche Voraussetzung dafür ist ein offenes Klima der Kooperation, in dem Stadtverwaltungen und -politik **bürgerschaftliches Engagement ernst nehmen**, unterstützen und als Bestandteil kommunaler Entwicklung begreifen. Fortbildungsangebote, Mentoringformate oder Mikroförderprogramme für niedrigschwellige Aktionen im öffentlichen Raum können dabei gezielt zur Stärkung lokaler Akteure beitragen. Sichtbarkeit wiederum lässt sich durch digitale Karten, temporäre Ausstellungen oder öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen herstellen – und trägt zugleich zur **Wertschätzung des Engagements** bei.

Im Rahmen der Transferwerkstätten diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter der Modellvorhaben außerdem den Ansatz, **Projekte stärker direkt aus der Stadtgesellschaft heraus zu entwickeln** und dabei ein motiviertes Kernteam zu unterstützen. Diese Förderung bestehender Aktionsgruppen kann je nach Ausgangslage eine hohe Wirkung erzielen.



3. Transferwerkstatt „Meine Stadt der Zukunft“ in Frankfurt (Oder)

V. Verwaltung stärker vernetzen und Ressourcen aktivieren

- **Ressort- bzw. ämterübergreifend arbeiten:** mit interdisziplinären Teams, klaren Zuständigkeiten und politischem Rückhalt die Umsetzung sichern
- **Externe Expertise gezielt einbinden:** Hochschulen, Dienstleister und zivilgesellschaftliche Akteure nutzen
- **Dauerhafte Strukturen schaffen:** City- und Quartiersmanagement institutionalisieren und Beteiligung absichern
- **Koordination vor Ort stärken:** „Kümmererfunktion“ für Beteiligung und Umsetzung schaffen, die Interessen bündelt, informiert und motiviert
- **Verfahrenstechnische Hürden abbauen:** Entbürokratisierung, praktikable Förderpolitik und Stadtentwicklungsfonds befördern
Umsetzungserfolge

Verwaltungsinterne Zusammenarbeit stärken

Für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist ressortübergreifendes Arbeiten innerhalb der Verwaltung ebenso zentral wie der strategische Aufbau externer Kooperationen. Die Modellvorhaben zeigen auch, dass innovative Ansätze häufig an getrennten Verantwortungsbereichen, unklaren Zuständigkeiten oder fehlender Abstimmung scheitern. **Interdisziplinäre Projektteams mit definierten Aufgaben, festen Zeitkontingenten und Rückhalt durch die Stadtpitze** können hier entscheidende Fortschritte ermöglichen. Besonders hervorgehoben wurde der Mehrwert einer engeren Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung und Stadtplanung, sodass kurz- und längerfristige Ziele und Projekte zusammenwirken. Ergänzend dazu braucht es gut koordinierte Schnittstellen – insbesondere zwischen Informationstechnologie (IT), Stadtentwicklung, Beteiligung und Kommunikation – sowie Fortbildungsangebote zu agiler Projektarbeit und interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Wesentlich ist zudem die institutionelle Verstärkung von **Management- und Koordinierungsstrukturen**, um Projekte über einzelne Förderperioden hinaus zu sichern. Das kann sowohl über feste Verwaltungsstrukturen als auch über externe Träger erfolgen und ermöglicht eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Externe Ressourcen gezielt einbinden

Angeht knapper personeller Kapazitäten, besonders in kleineren Kommunen, sind gezielte **Kooperationen mit externen Akteuren** oft unerlässlich. Hochschulen, lokale Bildungseinrichtungen oder zivilgesellschaftliche Organisationen können wichtige Ressourcen bereitstellen, beispielsweise für Beteiligungsformate mit Kindern und Jugendlichen. Auch standardisierbare Leistungen wie Öffentlichkeitsarbeit, digitale Beteiligung oder Visualisierungen mittels Augmented Reality/Virtual Reality lassen sich effizient an **spezialisierte Dienstleister** vergeben. Erfahrungen aus Ludwigsfelde zeigen, dass die konkrete Umsetzung komplexer Formate präzise Ausschreibungen, eine professionelle Steuerung der Auftragnehmer und Rahmenvergaben erfordert, um Qualität und Effizienz sicherzustellen.

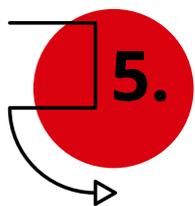
Erfolgreiche Beispiele, die im Rahmen der Transferwerkstätten in den Blick genommen wurden, belegen zudem, wie interkommunale Netzwerke fachlichen Austausch und methodische Weiterentwicklung fördern können. Projektpools zur Vermittlung externer Expertise, Schulungsangebote oder Programme zur strukturellen **Stärkung des interkommunalen Wissenstransfers** können Kommunen unterstützen, trotz begrenzter Ressourcen innovative Stadtentwicklungsprozesse wirksam zu gestalten. Auch interkommunale Beschaffungsplattformen oder Kooperationen mit Hochschulen können helfen, Know-how und Ressourcen zu bündeln.

City- und Quartiersmanagement als dauerhafte Schnittstelle institutionalisieren

Erfolgreiches Innenstadt- oder Quartiersmanagement sollte nicht als befristete Maßnahme verstanden werden, sondern als dauerhafte Struktur mit strategischer Funktion in der Stadtentwicklung etabliert werden – insbesondere in kleineren und mittleren Kommunen. Eine **klare organisatorische Verortung**, etwa in der Wirtschaftsförderung oder über externe Trägerstrukturen, schafft Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit. Dies bietet Kommunen außerdem die Möglichkeit, **Beteiligung als Daueraufgabe** zu institutionalisieren und personell abzusichern.

Darüber hinaus erfüllt ein vor Ort verankertes Management eine zentrale **Lotsenfunktion**: Es fungiert als **niedrigschwellige Anlauf- und Koordinierungsstelle** für Akteure im Quartier, kann unterschiedliche Interessen bündeln, direkt informieren, Menschen aktiv einbinden und die Beteiligungsbereitschaft stärken. Gerade für die Diskussion über neue Nutzungen, Gestaltungsansätze oder Formate im öffentlichen Raum braucht es eine sichtbare, erreichbare und kontinuierlich präsente Instanz, die eine „Kümmerer-Funktion“ übernimmt.

Kofinanzierungsmodelle, zum Beispiel in Kooperation mit Handelsverbänden oder der IHK, können langfristige Finanzierungsgrundlagen sichern. Erfolgreiche Ansätze aus Förderprogrammen wie „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ (ZIZ) sollten gezielt übertragen und an lokale Gegebenheiten angepasst werden. Auch hier ist eine systematische Verankerung in bestehenden Managementstrukturen unerlässlich.



5. Sechs Jahre Landesinitiative, 15 Modellvorhaben – innovative Wege und Impulse

Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Förderrunde im Jahr 2022 wurde die Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ in den Jahren 2023 bis 2025 mit einer zweiten Förderrunde fortgeführt und nun ebenfalls abgeschlossen. Insgesamt haben 15 Modellvorhaben innovative Ansätze für die Stadtentwicklung erprobt – von Klimaanpassung und Digitalisierung bis hin zu neuen Wegen der Bürgerbeteiligung und einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung.

Die meisten Städte nutzten die Landesinitiative vor allem, um planerische Grundlagen zu schaffen, tragfähige Netzwerke aufzubauen

und zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln. Insbesondere in der zweiten Runde wurden häufig temporäre Interventionen und Möglichkeiten zur Visualisierung an konkreten Orten eingesetzt, um Ideen sichtbar und erlebbar zu machen. Damit konnten wichtige Impulse gesetzt und Prozesse angestoßen werden, die nun die Grundlage für konkrete, investive Umsetzungen bilden. In einigen Kommunen, wie beispielsweise in Potsdam, wurden bereits erste längerfristige Veränderungen im Stadtraum umgesetzt. In den meisten Städten soll die vorbereitende Arbeit in den kommenden Jahren in konkrete Maßnahmen münden.

Straßenfest und Realexperiment in der Lindenstraße und auf dem Platz Am Jägertor in Potsdam (Bild oben)

Die Landesinitiative hat neue Denk- und Handlungsräume eröffnet und auch gezeigt, wie Städte jenseits klassischer Förderprogramme experimentell, partizipativ und nachhaltig ihre Zukunft gestalten können – ein wichtiger Beitrag für starke, resiliente und lebenswerte Städte in Brandenburg.

Unterstützungsangebote des Landes nutzen

Förderprogramme des Landes können die kommunale Umsetzung digitaler und nachhaltiger Stadtentwicklungsprojekte in den Kommunen erheblich erleichtern. Sie bieten nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch einheitliche Standards, Orientierungswissen und Praxisbeispiele. Diese vereinfachen den Einstieg in neue Themen und verbessern die Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen. Gerade kleinere Städte profitieren von klaren Strukturen und von der Möglichkeit, auf erprobte Verfahren und technische Lösungen zurückzugreifen, anstatt für jedes Vorhaben eigene Grundlagen entwickeln zu müssen.

Mit der Bündelung zentraler Digitalisierungsthemen im neuen Ministerium der Justiz und Digitalisierung (MdJD) wird erwartet, dass Synergieeffekte entstehen – etwa durch eine bessere Abstimmung zwischen Fachressorts, den Aufbau gemeinsamer digitaler Plattformen sowie eine höhere Effizienz in der Mittelvergabe. Dies soll Doppelstrukturen vermeiden und den Kommunen den Zugang zu digitaler Unterstützung erleichtern. Themen der Digitalisierung in der Stadtentwicklung, oft unter dem Begriff Smart City zusammengefasst, werden weiterhin federführend durch das MIL auf Landesebene gestaltet und sind auf die Unterstützung der Kommunen bei der digitalen Transformation ausgerichtet. Angebote wie das „Virtuelle Bauamt (VBA)“, digitale Beteiligungsplattformen für Bauleitplanungsverfahren oder das Smart-Region-Netzwerk müssen kontinuierlich weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dabei gilt es auch, Potenziale der digitalen Transformation für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung stär-

ker in Landesstrategien wie der „Strategie Stadtentwicklung und Wohnen“ des MIL zu verankern und zu untersetzen.

Für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist es entscheidend, dass bestehende Förderprogramme kontinuierlich weiterentwickelt werden. Neben einer klassischen, investiven Förderung braucht es auch innovative Programme, die experimentelle und nicht-investive Ansätze ermöglichen – etwa zur Erprobung neuer Beteiligungsformate, digitaler Werkzeuge oder gemeinwohlorientierter Stadtentwicklungsprozesse. Hier hat „Meine Stadt der Zukunft“ gezeigt, wie wertvoll ein solcher Experimentierraum für Kommunen sein kann. Dies könnte über ein Landesprogramm oder die Implementierung in die Regelprogramme der Städtebauförderung erfolgen. Dadurch würde sichergestellt, dass Städte auch künftig über die notwendigen Ressourcen verfügen, um neue Ideen zu testen und tragfähige Grundlagen für nachhaltige Investitionen zu schaffen.

Möglichkeiten der Umsetzung von Modellvorhaben

Damit Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Modellvorhaben oder auch deren teils temporäre Projektstrukturen in eine langfristige Stadtentwicklungsstrategie überführt werden können, ist es entscheidend, frühzeitig über ihre institutionelle, personelle und finanzielle Verstetigung nachzudenken. Die Überführung in den „Regelbetrieb“, der Aufbau tragfähiger Strukturen sowie die Nutzung externer Ressourcen und Fördermittel stellen zentrale Erfolgsfaktoren dar. Eine strukturierte Planung sowie abgestimmte Maßnahmen auf kommunaler und Landesebene erhöhen die Chancen, die in der Landesinitiative entwickelten und erprobten innovativen Ansätze dauerhaft wirksam zu verankern.

Neue Wege mutig erproben – Freiräume für kreatives Stadtmachen schaffen

Um Stadtwandel nachhaltig zu gestalten, braucht es neue Ansätze und Experimentierräume. Temporäre Maßnahmen und Reallabore machen neue Ideen sichtbar, erlebbar und diskutierbar – und senken so Hürden für Veränderungen. Ob durch mobiles Stadtmobil in Fußgängerzonen, die Umwandlung von Parkflächen in Begegnungsorte, autofreie Straßenabschnitte oder temporäre Pavillons: Solche Interventionen lassen die Stadtgesellschaft unmittelbar erfahren, wie sich Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Klimafreundlichkeit verbessern können.

Die Erfahrungen aus den Modellvorhaben zeigen, dass Experimente besonders erfolgreich sind, wenn:

- es **aktive Impulsgeberinnen und -geber** oder Partnerinnen und Partner gibt, welche die Prozesse mutig vorantreiben
- **interdisziplinäre Teams** aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgerschaft zusammenarbeiten (z. B. Frankfurt (Oder), Angermünde)
- **Beteiligung früh und vielfältig erfolgt und dabei ein ko-kreativer Ansatz verfolgt wird** – von gelosten Bürgerschafts-Gremien über Schulaktionen bis zu digitalen Abstimmungen (z. B. Senftenberg, Brandenburg an der Havel)
- **digitale Werkzeuge** wie AR/VR, 3D-Modelle oder Simulationen eingesetzt werden, um Zukunftsszenarien anschaulich zu vermitteln (z. B. Ludwigsfelde, Senftenberg)
- mit **sichtbaren, niedrigschwelligen Angeboten im Stadtraum** wie Straßenfesten sowie mit **unkonventionellen Formaten** wie BarCamps, Stadtspaziergängen oder Aktionswochen Beteiligung ermöglicht, kreative Impulse eingebracht und Ideen veranschaulicht werden (z. B. Angermünde, Ludwigsfelde, Potsdam)

- **ausreichend Zeit für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Projekten eingeplant wird**, damit Kooperationsformate und Strukturen ihre Wirksamkeit entfalten können (z. B. Bad Belzig, Potsdam)
- eine **begleitende kritische Evaluation** erfolgt, welche Ideen und Experimente funktionieren, welche warum nicht und wie diese in angepasster Form zum Einsatz kommen können

Experimentierräume können dabei wie ein Katalysator wirken: Sie schaffen Akzeptanz, laden zum Mitmachen ein und liefern konkrete Erkenntnisse für dauerhafte Lösungen. Städte und Gemeinden, die diese Chance nutzen, gewinnen idealerweise nicht nur bessere Planungsgrundlagen, sondern auch eine engagierte, informierte Stadtgesellschaft, die den Wandel aktiv mitträgt und mitgestaltet.

Ergebnisse der Landesinitiative sichern, übertragen und systematisch multiplizieren

Die Modellvorhaben der Landesinitiative haben eine Vielzahl wertvoller Erkenntnisse hervorgebracht – von innovativen Beteiligungsformaten und digitalen Werkzeugen bis hin zu erprobten Lösungen für Klimaanpassung, Verkehrsberuhigung oder Gewerbeflächen- und Brachflächenentwicklung. Ebenso entstanden neue Ansätze für kreative Zwischennutzungen, digitale Simulationen sowie für die Kombination von Stadtgestaltung mit Bildungs- und Jugendbeteiligung.

Damit diese Ergebnisse nachhaltig genutzt und verankert werden, sind klare Entscheidungen und Strukturen erforderlich, um sie in Fachplanung und Verwaltungspraxis zu übertragen. Hier braucht es mehr Schnittstellen, Ressourcen und auch verbindliche Verfahren. Ohne klare politische Beschlüsse, definierte Zuständigkeiten und Handlungsspielräume brechen Innovationen häufig

ab oder werden nur verzögert umgesetzt. Feste Steuerungsgruppen oder Beiräte sichern Kontinuität und ermöglichen die langfristige Umsetzung.

Ein zentraler Erfolgsfaktor ist zudem die institutionelle Verankerung: Die Bündelung relevanter Aufgaben – ob Beteiligungssteuerung, Klimaanpassung, Verkehrsplanung oder Digitalisierung – in zentralen Stellen sorgt dafür, dass Wissen, Methoden und Prozesse miteinander verzahnt werden. Ergänzend helfen kommunale Leitlinien, Qualitätsstandards und Spielregeln transparent zu machen.

Für die Verstetigung ist es entscheidend, feste Verfahren zu etablieren, die nicht nur Beteiligungsergebnisse, sondern auch technische Innovationen, Gestaltungsprinzipien und organisatorische Erkenntnisse systematisch in künftige Projekte einfließen lassen. Dafür müssen Dokumentationen öffentlich zugänglich und über handliche Formate wie visuelle Leitfäden, kompakte Steckbriefe oder anschauliche 3D-Modelle praxistauglich sein. Unterstützung durch zentrale Plattformen oder Wissensdatenbanken auf Landes- oder Bundesebene erleichtert den Wissenstransfer zwischen Kommunen.

Nicht zuletzt braucht es eine gesicherte finanzielle Grundlage. Nur wenn kontinuierlich Budgets für Erprobung, Umsetzung und Weiterentwicklung zur Verfügung stehen, kann aus punktuellen Projekterfolgen strukturelles Lernen erfolgen und eine nachhaltige, zukunftsorientierte Stadtentwicklung entstehen. Interkommunale Netzwerke und standardisierte Instrumente reduzieren Kosten und steigern die Nachhaltigkeit.

Verstetigung frühzeitig planen und institutionell absichern

Verstetigung gelingt nur, wenn innovative Vorhaben frühzeitig in bestehende Strukturen, Ressourcenpläne und strategische Konzepte integriert werden – temporäre Experimente, digitale Tools und Beteiligungsformate sind dann keine Einmalaktionen, sondern Teil eines Entwicklungsprozesses. Bereits zu Beginn eines Projekts sollte daher ein realistisches Konzept zur Verstetigung entwickelt werden. Dieses sollte sowohl mögliche Übergänge in die kommunalen Abläufe als auch Trägerschaftsmodelle – etwa in Form öffentlich-privater Partnerschaften – sowie Perspektiven der Folgefinanzierung berücksichtigen. Die Erarbeitung eines projektbegleitenden Verstetigungsfahrplans unterstützt die strukturierte Vorbereitung und Abstimmung mit politischen und administrativen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Die Integration in bestehende strategische Leitdokumente – wie integrierte Stadtentwicklungskonzepte oder Digitalisierungskonzepte – schafft Synergien. Ebenso wichtig ist es, Projektergebnisse systematisch in Fachplanungen oder laufende Prozesse wie das Quartiers- oder Innenstadtmanagement zu überführen.

Um neue Beteiligungsformate und temporäre Maßnahmen zu institutionalisieren, können regelmäßig tagende Beteiligungsgremien wie ein Planungsbeirat Akteursinteressen bündeln, Transparenz sichern und Vertrauen schaffen. Erfahrungen aus Angermünde, Bad Belzig und Potsdam zeigen, dass sichtbare Erfolge und Feedbackschleifen entscheidend für die langfristige Wirkung sind.

Was bleibt, was wirkt – Bilanz der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“

Die drängenden Fragen an die Stadt der Zukunft lassen sich nur im gemeinsamen Dialog beantworten – über geeignete Strategien, denkbare Ziele und realisierbare Projekte. Mit der Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ hat das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg diesen Diskussionsprozess aktiv begleitet und unterstützt. Das Fazit für die zweite Förderrunde (2023 bis 2025) fällt erneut eindeutig positiv aus. Die Ergebnisse bestätigen und ergänzen die bisherigen Erkenntnisse aus der ersten Förderrunde.

Erfolgsfaktor Zwei-Säulen-Modell

Die Kombination aus finanzieller Förderung und fachlicher Begleitung ausgewählter kommunaler Modellvorhaben durch das Land hat sich klar bewährt. Begleitend wurde durch eine zentrale Projektassistenz ein strukturierter Wissenstransfer zwischen den Modellstädten, weiteren Kommunen, Wissenschaft und Praxis ermöglicht. So konnten die Erkenntnisse aus den Modellvorhaben systematisch aufbereitet, in Fachveranstaltungen vorgestellt und über die Projekt-Website zugänglich gemacht werden. Alle Städte im Land Brandenburg werden dadurch in die gewonnenen Erkenntnisse eingebunden, und die Modellvorhaben liefern Empfehlungen, die von anderen Kommunen übernommen werden können. Diese Struktur stärkt nicht nur die Umsetzung vor Ort, sondern fördert auch einen landesweiten Lernprozess und Austausch zwischen den beteiligten Städten.

Partizipative Wege in die Stadt von morgen

Die gewählten Themen der Landesinitiative spiegeln zentrale Herausforderungen und Zukunftsfragen der brandenburgischen Städte realistisch wider. Besonders hervorgehoben wurde die Relevanz einer vielfältigen, inklusiven Beteiligungskultur: Akteurs- und generationsübergreifende Formate wie Bürgerinnen- und Bürgerräte, Planungsräte, Stadtfeste, Planungswerkstätten, Barcamps, Aktionen im öffentlichen Raum oder digitale Tools haben sich als wirkungsvolle Mittel erwiesen, um die Stadtgesellschaft aktiv einzubinden. Dabei setzte die Initiative bewusst auf ergebnisoffene, experimentelle und kooperative Planungs- und Umsetzungsprozesse, die stark auf Partizipation und Mitgestaltungsmöglichkeiten ausgerichtet waren. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das Brandenburger Modellvorhaben „Let’s play Klimaanpassung“, das zeigt, dass Stadtentwicklung auch Spaß machen und spielerisch erlebbar sein kann. Diese methodische Offenheit, Experimentierfreude und die Betonung auf gemeinsamer Mitgestaltung sind zentrale Stärken der Initiative – und ein zukunftsweisender Impuls für eine strategisch gedachte, kooperative und zugleich lebendige Stadtentwicklung im Land Brandenburg.

*Informationsbanner auf der geplanten Jugendfreizeitfläche in Senftenberg / Zukunftswerkstatt Bernhard-Kellermann-Oberschule Senftenberg / Städtebaulich-freiraumplanerisches Gutachterverfahren in Frankfurt (Oder) / Aktionswoche „Urbanes Gartenquartier“ in Angermünde / Workshop mit einem Jugendclub in Brandenburg an der Havel / Barfußpfad-Workshop bei der Aktionswoche „Urbanes Gartenquartier“ in Angermünde
(Bilder von links oben nach rechts unten)*



Piktogrammerklärung

Zukunftsthemen



Klimawandel



Gemeinwohl



Digitalisierung

Steckbrief Modellvorhaben



Standortmerkmale



Bevölkerungsstand



Bevölkerung steigend (2015–2024)



Bevölkerung stabil (2015–2024)



Bevölkerung sinkend (2015–2024)



Ausgangslage und Motivation



Fördervolumen



Beteiligte Akteure



Beteiligungsformate und -tools



Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit

*Titelbilder (von links oben nach rechts unten):
„Zukunftsfest der Ideen“ in Ludwigsfelde / Straßenfest #makerstreet: Die Straße gehört dir! in Potsdam / Schülerinnen und Schüler des Oberstufenzentrums „Alfred Flakowski“ in Brandenburg an der Havel testen das Beteiligungsspiel „StadtSpielRaum“ / Infostand beim Straßenfest #makerstreet: Die Straße gehört dir! in Potsdam / „Nacht für Neugierige“ auf dem Gelände des Zukunftsparks in Ludwigsfelde*

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
des Landes Brandenburg (MIL)
Referat Presse, Öffentlichkeitsarbeit
Henning-von-Tresckow-Straße 2–8
14467 Potsdam
www.mil.brandenburg.de

Fachliche Betreuung

MIL, Referat 22 Stadtentwicklung

Bearbeitung

Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V. (DV)
Kathrin Senner, Alexandra Beer
www.deutscher-verband.org

Grafik, Layout und Lektorat

FISCHUNDBLUME DESIGN Yvonne Berthold &
Katrin Hellmann GbR, Berlin
www.fischundblume.de

Druck

Speedruck, Berlin
www.speedruck.de

Stand Oktober 2025

Auflage 1.000 Exemplare

Bildnachweise

Titel (von links oben nach rechts unten):
Stadt Ludwigsfelde, Jeanette Dobrindt / Sebastian Rost Fotografie / Stadt Brandenburg an der Havel / Sebastian Rost Fotografie / Stadt Ludwigsfelde
Seite 2: A. Beer, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.
Seite 3: Ines Hasenau
Seite 4: Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
Seite 5: Bo Soremsky
Seite 7 (von links oben nach rechts unten):
Brandenburg an der Havel / Stadt Ludwigsfelde / Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg / Forward Planung und Forschung GmbH / Sebastian Rost Fotografie / PFE – Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung, Berlin
Seite 8: Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
Seite 9: fischundblume
Seite 10: Stadt Angermünde
Seite 11 (links): Robert Schnabel
Seite 11 (rechts): Stadt Ludwigsfelde, Jeanette Dobrindt
Seite 12 (von links nach rechts): Stadt Angermünde / M. Grambow, Stadt Bad Belzig / Stadt Brandenburg an der Havel / FE – Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung, Berlin
Seite 13 (von links nach rechts): Stadt Ludwigsfelde, Jeanette Dobrindt / Stadt Senftenberg / Sebastian Rost Fotografie
Seite 14 (oben): Forward Planung und Forschung GmbH
Seite 14 (unten): Stadt Angermünde
Seite 16: Stadt Bad Belzig, M. Grambow
Seite 18: Stadt Brandenburg an der Havel, Th. Messerschmidt
Seite 19: Stadt Brandenburg an der Havel, J. Schulz
Seite 20: Stadt Frankfurt (Oder)
Seite 22: Stadt Ludwigsfelde, Jeanette Dobrindt
Seite 24 (oben): Sebastian Rost Fotografie
Seite 24 (unten): Landeshauptstadt Potsdam, Sybille Straßberger
Seite 26 (oben): Stadt Senftenberg
Seite 26 (unten): Schieferdecker
Landschaftsarchitektur

Seite 28: A. Beer, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.
Seite 29: fischundblume
Seite 30: Stadt Ludwigsfelde, Jeanette Dobrindt
Seite 31: A. Beer, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.
Seite 32: Stadt Brandenburg an der Havel
Seite 33: Mixedworld
Seite: 35: Stadt Angermünde
Seite 37: Landeshauptstadt Potsdam, S. Straßberger
Seite 38: Stadt Brandenburg a. d. Havel, J. Schulz
Seite 42: Maximilian Pechstein, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.
Seite 44: Sebastian Rost Fotografie
Seite 49 (oben): Die Lernfuturisten
Seite 49 (Mitte links): Stadt Frankfurt (Oder), Torsten Bock
Seite 49 (Mitte rechts und unten rechts): Forward Planung und Forschung GmbH
Seite 49 (unten links): Stadt Brandenburg an der Havel

Hinweis

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung herausgegeben. Sie darf nicht während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger/der Empfängerin zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Veröffentlichungen, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

© Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung 2025

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
des Landes Brandenburg (MIL)
Referat Presse, Öffentlichkeitsarbeit
Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam
www.mil.brandenburg.de

